

# Commer

Zentral-Organ für die Interessen

der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Publikations-Organ des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.  
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franko 1 M.  
Der Courter ist in die Poststempelzone eingetragen.

Redaktion und Exped.: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.  
Telephon: Amt IV, 950.  
Geschnitten: 9-1 Uhr Vorm., 3-7 Uhr Nachm. Sonntags geschl.

Redaktionschluss  
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.  
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.  
Aufschriften und Adressänderungen an die Schriftleitung.

Nr. 5.

Berlin, den 28. Februar 1904.

8. Jahrg.

## zur Regelung der Arbeitsverhältnisse unserer Kollegen in den Warenhäusern.

Die wirtschaftliche Entwicklung geht unaufhaltsam ihren Gang. Noch vor einem guten Jahrzehnt war von eigentlichen Großbetrieben im Detailhandel kaum die Rede. Aus dem unabsehbaren Zwerge der kaufmännischer Detailhandelsbetriebe ragten hier und da einsam und verlassen Vertreter einer höheren Baumart, in diesem Falle einzelne Detailhandelsbetriebe, wie Herzog, Gerson etc., empor. Nun, das war einmal. Im letzten Jahrzehnt sind die eigentlichen Warenhäuser amerikanischen Ursprungs, die Wertheim, Tieg, Steln, Jandorf, Barack etc., wie Treibhauspflanzen emporgeschossen. Die Firma Wertheim, deren Tadeln im medienburgischen Provinzialrat Hofstad zu finden ist, hatte vor 15 Jahren in der Rosenhalerstraße zu Berlin einen ganz kleinen Laden eröffnet, von dem niemand, die Besitzer selbst nicht ausgenommen, ahnen konnte, daß er die Wiege des größten deutschen Warenhauses der Jetztzeit sein würde. Drei Millionen paläste im Werte von mindestens 30-40 Millionen Mark sind in 15 Jahren an die Stelle des kleinen unscheinbaren Ratschladens getreten. Und tausend andere Warenhäuser sind in allen Ecken und Winkeln unseres lieben völkischen Deutschlands in die Höhe geschossen, wie die Pilze nach einem warmen Sommerregen. Der ganze Detailhandel hat dadurch ein verändertes Aussehen bekommen. Die Warenhäuser haben vor allen Dingen dem vielgeliebten und gerne konservierten patriarchalischen Arbeitsverhältnis der Hausbesitzsarbeiter ein gründliches und schnelles Ende gemacht, nur zurückgebliebene Kräuter pflügen noch vereinsamt und in der Stille die freie Station mit allen ihren Annehmlichkeiten, denen wir wirklich keine Kränze nachweihen. Diese veränderten Verhältnisse erblicken nun auch unsererseits eine veränderte Stellungnahme, eine Anpassung an die gegebene Entwicklung. Was vor 10 Jahren undenkbar war, das ist heute Tatsache geworden, die Möglichkeit einer Verbesserung der Arbeitsverhältnisse unserer in Handelsbetrieben tätigen Kollegen durch Ausnützung des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts, mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation.

Im letzten Jahrzehnt sind in den verschiedensten Warenhäusern seitens der Hausdiener, Bader etc. Forderungen auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit Erfolg gestellt worden. Ganz vereinzelt ist es auch zu Arbeitsstellenstellungen gekommen, zum Teil gelang es indes die Bewegungen und Streitfälle in gütlicher Weise beizulegen. Der Druck der Konsumenten, des laufenden Publikums sorgt dafür, daß die Warenhausbesitzer nicht allzu rigoros mit ihren Angestellten verfahren dürfen. Aus gleicher Ursache ist auch nicht so leicht ein Abschwenken dieser Unternehmer ins Lager der extremen Scharfmacher zu besorgen. Unsere Organisation findet also hier einen Boden, der gut beackert, bald lohnende Früchte tragen dürfte. Dieser Anschauung hat auch unsere letzte Verbandsgeneralversammlung durch folgende einstimmig angenommene Resolution Ausdruck gegeben:

„Die im Handelsgewerbe immer mehr zu Tage tretende mörderische Konkurrenz, und die dadurch sich immer mehr vertingende Profitrate, bedingen die Zusammenlegung großer Kapitalien zur Schaffung von Großbetrieben, welche eine größere Leistungsfähigkeit nach jeder Richtung ermöglichen. An Stelle der Zwerge treten die großen Waren- und Exporthäuser. Durch diese Entwicklung der Handelsbetriebe wird das sogenannte patriarchalische Arbeitsverhältnis mehr und mehr beseitigt, sie bedeutet also auch einen Fortschritt im Arbeitsverhältnis der Arbeiter. Je schneller die Evolution zu

Großbetrieben fortschreitet, desto eher wird es möglich sein, menschenwürdige Zustände für die Handelsarbeiter herbeizuführen.

Die Generalversammlung des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands begrüßt daher die Entwicklung der Großbetriebe im Handelsgewerbe aus besagten Gründen mit lebhafter Genugtuung und beauftragt die Verbandsleitung, mit den maßgebenden Körperschaften und Vereinigungen der Unternehmer in Verbindung zu treten, eventuell an die Leitungen der einzelnen Warenhäuser zwecks tariflicher dauernder Regelung der Arbeitsverhältnisse unserer in den Großbetrieben beschäftigten Kollegen heranzutreten, und für Festlegung möglichst gleichartiger Arbeitsbedingungen Sorge zu tragen.“

Diesen Beschlüsse Rechnung tragend, waren sowohl unser Verbandsvorstand, als die Berliner Ortsverwaltung bemüht, vorerst mit den Berliner Warenhäusern Tarifverträge abzuschließen. Da die Warenhausbesitzer unter sich einen Interessenverband geschlossen haben, dessen Vorsitzender der Chef der Firma Tieg-Berlin ist, so trat man zuerst an diesen mit dem Ersuchen heran, zur Regelung der Arbeitsverhältnisse unserer Kollegen vorerst im eigenen Betriebe die Hand bieten zu wollen. Herr Tieg lehnte es aber rühmlich ab, mit unserer Organisation zu verhandeln. Dies Verhalten wurde nun in öffentlicher Versammlung, sowie im „Vorwärts“ ins richtige Licht gesetzt. Die Konsumenten reagierten, die Einnahmen des Warenhauses Tieg fielen hierauf trotz der Weihnachtssaison um Tag zu Tag, und das brachte den Chef der Firma zum Einlenken, ehe noch der Kampf recht angefangen hatte. Herr Tieg suchte durch Vermittelung der Vorwärts-Redaktion wieder Fühlung mit unserer Organisation und erklärte sich nunmehr bereit zur tariflichen Regelung der Arbeitsverhältnisse seines Personals, das heißt, die Firma arbeitete auf der Grundlage der von der Organisation eingereichten Vorschläge selbst einen Tarif aus, der den Vertretern der Angestellten zur Unterschrift unterbreitet wurde. Dieser lautet:

A. Regelung des Lohnes: 1. Für Hausdiener im Alter von 16-19 Jahren pro Woche 15 M. 2. Für Hausdiener nach vollendetem 19. Jahre pro Woche 20 M. 3. Für verheiratete Hausdiener 24 M. 4. Für Motorwagenführer 27 M.

B. Für Ueberstunden, d. h. während der Zeit, während welcher nach dem allgemeinen Geschäftsschluß gearbeitet werden muß, wird per Stunde 0,50 M. gezahlt. Die für Feuerschutzproben und Instruktionsstunden verbrauchte Zeit wird nicht zu den Ueberstunden gerechnet.

Für Motorwagenführer, Radfahrer und Schaffner bestimmt erst von abends 9 Uhr an Berechnung etwaiger Ueberstunden.

C. Erholungsurlaub. Dem Dienerpersoneel wird nach mehr als 6 monatlicher Tätigkeit im Hause ein Sommerurlaub gewährt.

Derselbe beträgt für diejenigen, welche über 6 Monate bis zu einem Jahr beschäftigt wurden, 3 Tage.

Für diejenigen, welche länger als ein Jahr im Hause sind, 8 Tage.

D. Der Tarif beginnt am 16. Januar 1904 und behält seine Wirkung bis zum 15. Januar 1907.

Obiger Tarif ist der Verbandsleitung am 12. Januar mit folgendem Ansichreiben zugegangen:

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Berlin SO., Engel-Ufer 15.

Hierdurch teile ich Ihnen mit, daß begehrtener Lohnarif, welcher vom 16. Januar 1904 beginnend und

bis zum 15. Januar 1907 in Wirksamkeit verbleibend, bei mir zur Anwendung kommt. Ich nehme an, daß Sie auf Grund dieses Tarifes bereit sind, mir erforderlichen Falles auf meinen Wunsch hin, Diener zur Verfügung zu stellen und bitte Sie, mir dies zu bestätigen.

Hochachtungsvoll

Sermann Tieg.

Die von unserer Organisation eingereichten Vorschläge gingen aber unter anderem dahin, daß älteren Angestellten nach einjähriger Tätigkeit eine Lohnzulage von 1 Mark zu gewähren sei, außerdem wurde die Einführung einer Kündigungsfrist verlangt. Die Verbandsleitung wandte sich daher nochmals an die Firma mit dem Ersuchen, eine gegenseitige Aussprache gewähren zu wollen.

Eine solche ist uns dann auch zugestanden worden und hat dieselbe zitierten Herrn Tieg und 2 Vertretern unseres Verbandes am 27. Januar stattgefunden. In dieser Verhandlung betonte Herr Tieg, daß an dem Tarif nichts mehr geändert werden könne, da derselbe durch die von den Angestellten gewählte Kommission bereits anerkannt wäre. Nach längerer eingehender Verhandlung gab Herr Tieg schließlich die Erklärung ab, daß der Tarif wohl in seiner Fassung bestehen bleiben müsse, jedoch wolle er den Wünschen hinsichtlich der Lohnaufbesserung von 1 M. pro Woche nach einjähriger Tätigkeit für die unter 2, 3 und 4 bezeichneten Angestellten Rechnung tragen und diese, ohne in den Tarif aufgenommen zu sein, gewähren.

Eine Kündigungsfrist wurde nicht zugestanden.

Auch Kam ist nicht in einem Tage erbaut worden, und wenn diese Abmachung so manches nicht enthält, was sie enthalten müsse, so liegt das an den gegenwärtigen Verhältnissen. Es ist aber schon viel errungen, daß ein Warenhausbesitzer sich genötigt sah, einen sogenannten Tarifvertrag mit seinen Angestellten abzuschließen. Wenn die Firma es diesmal noch fertig bekommen hat, das Ende des Tarifvertrages auf einen Zeitpunkt zu verlegen, der für die Firma am günstigsten, für die Angestellten am denkbar ungünstigsten liegt, so will dies momentan nicht allzuviel besagen, hat doch Herr Tieg, wohl ungewollt, aber faktisch, den Angestellten durch Nichtgewährung einer Kündigungsfrist völlige Freiheit gegeben, das Arbeitsverhältnis zu lösen, wenn ihnen der Zeitpunkt geeignet erscheint. Nur so ist zu begreifen, daß die Kommission der Angestellten diese von der Firma aufgestellten tariflichen Bestimmungen unterschriftlich genehmte. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit, welches besonders im Januar sich deutlich verkörperte, mag dabei auch seine Wirkung getan haben.

Die Hauptursache aber, warum nicht bessere Erfolge erzielt werden konnten, daß die Arbeitsbedingungen, wie sie bei der Firma Wertheim für die Kollegen desselben schon bestehen, nicht auch bei der Firma Tieg erreicht wurden, liegt an der Uneinigkeit der Organisation der Kollegen. Die Abwärtler der beiden in Betracht kommenden Körperschaften, des Vereines Berliner Hausdiener einerseits, unseres Verbandes andererseits, liegen leider das in dieser Beziehung so dringende notwendige einheitliche Vorgehen nicht zu. Die Firma Tieg konnte den Verein gegen den Verband und den Verband gegen den Verein ausbilden. Der Unternehmer war der lachende Dritte, und zwar nicht auf Kosten der Organisationen, wohl aber auf Kosten der in Betracht kommenden Kollegen. Nicht die Vereinigungen, nein, die Kollegen, die Mitglieder sind es, welche bei dem gegenseitigen Streit die Bege bezahlen. Im Interesse der Mitglieder müssen also Mittel und Wege erforscht werden, um den Streit zu beizulegen und gemeinsamem erfolgreichem Vorgehen die Bahn zu ebnen.

Die Streitart zu begraben, das wird vielleicht hüben und drüben einzelnen Kollegen nicht recht passen wollen, diese müssen nun schon einmal im Interesse der Kollegenschaft und der Sache auf persönlichem Gebiete ein Loch zurückschneiden, soll nicht die ganze Tarifbewegung für die Warenhausangestellten zu Wasser werden.

Berlin ist nun mal der durch die Verhältnisse bestimmte Vorort für die bezeichnete Bewegung. In Berlin erkräftern die im gesamten Warenhausbetriebe maßgebenden Firmen, und in diesen Liefenbägaren des Kleinhandels sind auch schließlich bessere Arbeitsbedingungen für unsere Kollegen durchzubringen, als uns dies vorläufig in anderen Städten gelingen dürfte. Sind in Berlin geordnete Verhältnisse geschaffen, dann ist auch die Bahn für das Vorgehen in anderen Städten freigegeben. Die Arbeitsbedingungen in den Berliner Warenbägaren werden nicht ohne Einfluß auf die Arbeitsbedingungen unserer Kollegen in der Provinz sein, schon deshalb muß mit allen Mitteln versucht werden, etwaige Hindernisse, die geeignet sind, die Bewegung zu hemmen oder auch nur ungnädig zu beeinflussen, aus dem Wege zu räumen. Wer vorurteilslos und sachlich den Stand der Dinge überdenkt, wird uns hierin unbedingt Recht geben müssen. Wir glauben auch kaum, daß sich irgend ein Kollege im Verein oder im Verbande finden wird, der nicht die Hand bieten würde, wenn es gilt, die Interessen der Allgemeinheit hinter die persönlichen Sonderansichtungen zu stellen, der nicht mit allen seinen Kräften dafür sorgen würde, eine Hebung der Arbeitsbedingungen seiner Kollegen herbeizuführen. Die Vernunft, der Verstand muß hier über das Gefühl siegen.

Stehen erst die Berliner Handelsarbeiter den Warenhausbesitzern als eine geschlossene Masse gegenüber, dann werden diese wohl oder übel ihren Angestellten mehr Entgegenkommen als bisher zeigen, sie werden in den dieselben für sie heute noch saueren Apfel besserer Arbeitsbedingungen beißen müssen.

Dieses Ziel ist gewiß des Schwelbes der Edelsten und Besten wert.

### Eine Tarifvereinbarung

wurde zwischen unserer Organisation in Leipzig und der Konerven- resp. Margarine-Firma Paul Augustin, ebendasselbst, kürzlich geschlossen. Der Vertrag lautet:

#### A. Arbeitszeit.

Die tägliche Arbeitszeit beträgt 12 Stunden einschließlich der Pausen für Frühstück und Vesper von je 20 Minuten und der Mittagspause von 1 Stunde. Sie beginnt im Sommerhalbjahr, d. h. vom 1. April bis 30. September früh 6 Uhr, im Winterhalbjahr, d. h. vom 1. Oktober bis 31. März früh 7 Uhr und endet im Sommerhalbjahr abends 6 Uhr, im Winterhalbjahr abends 7 Uhr.

#### B. Regelung des Lohnes.

Die Arbeitnehmer der obengenannten Firmen des Herrn Paul Augustin erhalten wöchentliche, und zwar gilt der Wochenlohn sechs volle Arbeitstagen. Er bezieht sich demnach nicht auf Sonntage, und derjenige Teil

des Wochenlohnes, welcher auf die in die Woche fallenden Feiertage entfällt, ist vorbehaltlich der Bestimmung unter Punkt E. abzuziehen.

Der Anfangslohn beträgt für Arbeiter über 18 Jahre pro Woche 18 Mk. und steigt von sechs zu sechs Monaten um 50 Pf. pro Woche bis zum Höchstlohn von 21 Mk. Arbeiter unter 18 Jahre beginnen mit dem Anfangslohn von 16 Mk. pro Woche, welcher ebenfalls um 50 Pfennig pro Woche von sechs zu sechs Monaten steigt.

Nach vollendetem 18. Jahre treten diese Arbeiter sofort in die höhere Lohnklasse.

#### C. Höhere Löhne.

Arbeitnehmer, welche am 1. Februar 1904 einen höheren, als in diesem Tarif vorgesehene Lohn bereits erhalten, beziehen denselben fort, doch wird ihnen vom 1. Juli 1904 ab die in Punkt B. erwähnte Lohnzulage von 50 Pf. pro Woche bis zum Höchstlohn von 21 Mk. gewährt.

#### D. Ueberstunden-Arbeit.

Die Vergütung von Ueberstundenarbeit beträgt, wenn letztere bis 9 Uhr abends geleistet wird, bei Arbeitern unter 18 Jahren 30 Pf., von 9 Uhr abends ab 40 Pf., Arbeiter über 18 Jahre erhalten bis 9 Uhr abends 35 Pfennig, nach 9 Uhr abends 45 Pf. für die gleiche Arbeit.

#### E. Sonn- und Feiertagsarbeit.

Die Arbeitnehmer verpflichten sich, die durch den Betrieb erforderliche und nach dem Gesetz zulässige Arbeit an Sonntagen und Wochenfeiertagen auf Erfordern des Arbeitgeber zu leisten und erhalten für jede an einem Sonntage oder in die Woche fallenden Feiertage geleistete Arbeit die Stunde so bezahlt, wie dies im Punkt D für die Ueberstundenarbeit nach 9 Uhr abends bestimmt ist, demnach mit 45 Pf. bzw. 40 Pf. pro Stunde.

Der im 2. Nachtrag zur Arbeitsordnung der Firma Paul Augustin, Leipzig, vom 15. Dezember 1903 bestimmte Zusatz zu § 15 kommt in Wegfall.

#### F. Arbeitsnachweis.

Herr Paul Augustin verpflichtet sich, bei Bedarf von Arbeitsträgern für seine im Eingang genannten Firmen den Arbeitsnachweis der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter bei Einstellung von Arbeitern mit zu berücksichtigen.

#### G. Kündigungsfrist.

Für die Kündigung des Arbeitsverhältnisses gelten § 4 der Arbeitsordnung vom 31. Mai 1899 und die Bestimmungen des § 122 der Gewerbeordnung.

#### H. Allgemeines.

1. Arbeiter, welche 1 Jahr im Geschäft tätig sind, wird auf Wunsch ein Urlaub von 2 Tagen gewährt, welcher nach 2-jähriger Tätigkeit auf 4 Tage ausgedehnt wird. Ein Lohnabzug erfolgt für diese Tage nicht.

2. Der vorliegende Vertrag wird auf die Zeit vom 1. Februar 1904 bis 31. Januar 1907 abgeschlossen.

Wird dieser Vertrag bis zum 31. Dezember 1906 von keiner Vertragspartei schriftlich gekündigt, so gilt er bis zum 31. Januar 1907 mit der Abänderung weiter, daß der in Punkt B. und Punkt C. erwähnte Höchstlohn unter Beibehaltung der Zulage von 50 Pf. für das Halbjahr und die Woche bis auf 22 Mk. steigt.

3. Bei allen die Auslegung und Ausführung dieses Vertrages betreffenden Differenzen sind die betreffenden Verhandlungen mit Herrn Rechtsanwält Bruno Wettlsohn zu Leipzig, als dem Vertreter des Herrn Paul Augustin,

und den Vertretern der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, Verhandlungsstelle Leipzig, zu führen und falls hierbei keine Einigung zu Stande kommt, das Gewerbegericht zu Leipzig als Einigungsamt anzurufen und um seinen Schiedspruch zu ersuchen.

Diesem Schiedspruch unterwerfen sich hierdurch beide Vertragsparteien.

Der gegenwärtige Vertrag ist ein wesentlicher Teil der von Herrn Paul Augustin, Leipzig, mit den einzelnen Arbeitnehmern abgeschlossenen und abzuschließenden Arbeitsverträge. Er wird von den Arbeitnehmern durch Unterzeichnung einer Verbleibfertigung genehmigt und damit für beide Teile rechtsverbindlich.

Leipzig, den 1. Februar 1904.

Stempel und Unterschrift:

(gez.) Paul Augustin.

Für den Verband:

(gez.) Karl Sängeraub,  
Bevollmächtigter.

Name:	Lohn früher:	jetziger Lohn:
	Mk.	Mk.
Zhierfelder	18,50	19,50
Siebold	18,00	19,00
Pollmer	17,00	18,50
Katze	15,00	18,00
Schmidner	15,00	18,00
Dom	16,50	18,00
Thieme	16,00	18,00
Schäfer	17,00	18,50
Dief	15,00	18,00
Brüchner	17,00	18,00
Siebel	17,00	20,00
Feiler	19,00	20,00
Hermann	19,00	20,00
Heinmann	16,00	18,00
Fuchs	10,50	16,00
	244,50	275,50

Jetzt mehr pro Woche 31,00 Mk., Ueberstunden pro Stunde 5 Pf. mehr (Sonntagsarbeit auch), Urlaub bei den augenblicklich Beschäftigten je 4 Tage, hierzu kommt noch die laufende Zulage.

Im Sommer werden bis 25 Mann beschäftigt, für welche die Abmachungen ebenfalls gelten.

Diese Zugeständnisse wurden erreicht, obwohl die in dem Geschäft tätigen Kollegen erst kurze Zeit organisiert sind. Bemerken wollen wir, daß in den Geschäften gleicher Branche in Magdeburg und Braunschweig Löhne von 6-8 Mk. pro Woche gezahlt werden. Ueber die Behandlung seitens der Vorgesetzten halten die Kollegen bisher nicht in der günstigsten Weise zu sagen, in dieser Beziehung könnten sich andere Chefs Herrn Augustin zum Muster nehmen.

Wieder ein Erfolg mehr, der auf Konto unserer Organisations zu schreiben ist.

### Aus unserem Beruf.

#### Bierfahrer.

Berlin. Die Aufsätze und Arbeiter der Brauerei Engelhard, welche seit längerer Zeit in unserem Verbandsorganisiert sind, haben durch ihr einziges Zusammenhalten resp. durch unsere Organisation laut nachstehenden Tarif eine Neuregelung und damit auch eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse ab 15. Februar dieses Jahres herbeigeführt.

### Nur ein Hausdiener!

„Unglaublich!“ sagte der Chef, als seine Gattin ihren Bericht abgab. „Unglaublich! Und das sagst Du mir erst jetzt! Kommst extra hierher ins Bureau gefahren? Warum nicht gestern abend in der Wohnung?“

„Ich wollte Dich nicht verärgern, Emil. Du hast dann gleich eine schlaflose Nacht.“

„Na wartel!“ Der Chef ließ den Hausdiener rufen. Ein Mann in der Mitte der Dreifertig trat ein.

„Ich höre da ja nette Sachen, Lehner! Keine Sachen! Sie wissen, daß uns gestern das Mädchen fortgelaufen ist. Und Sie weigern sich also, meiner Frau den Kinderwagen nach Hause zu schicken?“

Lehner warf einen Blick auf die Frau, welche ihn triumphierenden Auges ansah. Er fand nicht gleich die rechten Worte.

„Antworten Sie!“ Der Chef trat näher. „Sie scheinen zu glauben, wenn ich nicht hier bin, brauchen Sie meine Frau nicht zu respektieren?“

Lehner sah ihn mit großen Augen an. „Es war schon acht Uhr durch gefahren, Herr Meister. Und da kommt Ihre Frau und verlangt, ich soll ihr den Kinderwagen nach Hause schicken. Sie und das Kind wollen mit der Gefährtin fahren. Geschäftsschluss war schon vorbei und ich will nach Hause gehen. Und brauchen wartete meine Frau. Die hatte auch 14 Kinderwagen bei sich. Und was meine Frau ist, die ist man sehr schwach. Darum sag ich: heut' geht's nicht, Frau Meister. Ich hab' allein die Equipage da. Sie wohnen im Westen, ich im Norden. Das ist zu weit auseinander. Der Mensch will auch mal Peterabend haben.“

„Sie lauten noch mehr, Lehner!“

„Ja. Ich hab' gesagt! Und schließlich bin ich ja auch nicht als Mädchen für alles von Herrn Meister engagiert!“

Die Frau wandte sich zum Gatten: „Aber den Ton hätte ich zu hören sollen, Emil! Diesen frechen impertinenten Ton!“

„Frech? Lehner trat einen Schritt auf sie zu.“

Der Chef hob die Hand. „Nanu! Nur ruhig, Lehner, ja? Also Sie sind nicht als Mädchen für alles von mir engagiert! Sie haben ja eine prächtige Ausstattung von ihrer Stellung, wie's scheint. Ganz famose Ausbilde:“

„Ichnen Gefallen tun sollen! Da muß ich Ihre Erinnerung denn doch etwas auffrischen! Als ich die Hausdienerstelle inseriert hatte, waren Sie der Erste zur Stelle. Angelegt, atmolos angelegt kamen Sie! Das sehe ich heute noch vor mir. Abgerissen waren Sie wie ein, na, wie ein Stromaner von der Landstraße geradeau! Halb verhungert waren Sie! Gebarmt soll haben Sie um die Stelle! Gleich darauf kamen andere, anständig im Zeug. Ueberhaupt: viel braunerweideneere Gefallenen als Sie. Wenn ich Sie trotzdem vorgez, was meinen Sie wohl? warum?“

„Woll ich mit weniger Lohn zufrieden war!“ stieß Lehner heraus.

„Dören Sie mal!“ Der Chef wurde zornrot. „Woll ich Willkür mit Ihnen halle! Will Sie mich dauerlich Beirett zu jeder Arbeit wollen Sie sein, verprachen Sie mir.“

„Bin ich auch gewesen. Mich bloß im Geschäft, wie ich's meinte. Hab' ich mich Wasser gepuyt, wenn bei Ihnen im Haus 'n Diner war oder sowas. Ganze Nächte hab' ich mir um die Ohren schlagen müssen, wenn die Herrschaften von 'ner Reihe kamen und ich 'n Koffer in der Nacht nach Hause schleppen mußte, bloß, daß Sie man 'n Dienstmann sparen.“

„Ich was, sparen! Dafür haben Sie Ihre Nachschs-gratifikation gekriegt, sagte der Chef.“

„Zehn Mark“, murmelte Lehner.

„Zu Ihnen nicht ein anständiges Abendbrot vorgelegt worden, wenn Sie nur mal 'n paar Glindchen bei mir im Quastl zu tun hatten?“ fragte emdrit die Prinzipalin. „Sowas kriegen Sie doch sonst überhaupt nicht zu leben.“

Der Hausdiener lachte höhnisch: „Ne. Warmen Kalbsbraten kann ich mir zum Abend nich leisten. Dazu langt der große Lohn nich.“

„Lehner!“ Der Chef trat dicht zu ihm heran und legte die Rechte auf dessen Achsel. „Lehner! Ich habe Sie sozuzagen aus dem Sumpf gezogen! Ich habe Sie vor dem Untergang gerettet! Vor dem Verhungern! Mir danken Sie es, wenn Sie heute wieder ein anständiger Mensch sind! Sie haben's vergessen. Na ja. Es ist sechs Jahre her.“ Er lachte gequält. „So lange hält natürlich keine Dankbarkeit vor. Das hätte ich mir vorher denken können. Verheiratet haben Sie sich inzwischen. Sie sind glückliche Familienvater. Ist es nicht eine Ehre, wenn Sie nun ja mit einer Lebensgefährtin spielen?“

„Du wirst doch den Mann nicht behalten, Emil?“ emvörle sich die Frau.

„Neher wollte mit mihnutiger Weerde. Natürlich können wir nur dann weiter zusammen arbeiten, Lehner, wenn Sie sich in dem besuchten Punkte ändern. Auch meiner Frau müssen Sie ohne Weiterde gehören.“

„Andermädchen sind ich nich“, sagte Lehner.

Die Frau lachte belustigt: „Sie können sich noch etwas drauf einbilden, mit solchem noblen Wagen durch die Stadt zu fahren.“

Der Hausdiener zuckte lächelnd die Achseln. „Nur und gut!“ Der Chef machte drohende Augen. „Entweder Sie tun alles, was man von Ihnen verlangt oder...“ Er trat zum Pult und kramte in den Papieren. „Sie haben vierzehntägige Kündigung, nicht wahr?“

Lehner war näher zum Fenster getreten. Es klohrte und wirgte in ihm. Er wollte auffahren und es ihm sagen, wie sie ihn für lumpigen Lohn benutzt hatten zu allem Möglichen. Aber da fiel sein Blick auf eine Gestalt, die da drauf an den Säulen entlang schlief: verschliffenes, gesticktes Zeug, zerfissene Schube, dumpfe, stumpfe Melanation im Gesicht... Das war er selber — vor sechs Jahren... „Nun?“ Drohend fragte der Chef.

„Du kriegt ja andere“, sagte die Frau.

Lehner sah sie an — es war kein fremdblischer Bild. Dann nickte er stumm vor sich hin. „Ja.“ Ganz leise, kaum hörbar klang's. Dann schlief er hinaus.

„Sabahal!“ Der Chef lachte. „Man muß Ihnen nur ordentlich auf den Leib rücken. Dann kriegt man sie alle selber! Alle, sage ich Dir.“

„Ueberhaupt wenn sie verheiratet sind.“ Seine Frau lachte. Dann sind sie meistens um den Finger zu twideln.“

„Wenn er sich nur nichts anderes unter der Hand sucht.“ Befragt klang höchlich die Stimme des Chefs. „Der Mann ist brauchbar. Es wäre doch sehr fatal.“

Lehner aber hatte genug. Rängst wollte er schon Mitglied der Organisation werden, um sich gegen solche brutale Uebergriffe zu schützen, aber immer tat er ihm wieder die paar Pfennige Betrag leid. Jetzt war es ihm mit einem Male klar geworden, daß die Vertrags-pfennige zum Verbands Mitglieder bringen. Sofort brachte er seinen Vorschlag, Mitglied der Organisation zu werden, zur Ausföhrung.

**Lohn-Tarif**

für die bei der Firma Engelhardt (Fnh. Gerren Rager u. Meyer) beschäftigten Kutscher, Wilsfahrer und Kellerarbeiter.

**a) Kutscher und Wilsfahrer.**

1. Die Kutscher erhalten einen Lohn von 20 M. pro Woche und außerdem für jeden vollen Kasten verbrauchtes Bier eine Provision von 10 Pfennigen.
2. Mehrere Wilsfahrer — über 20 Jahre alt — erhalten einen Anfangslohn von 20 M. und nach einjähriger Tätigkeit einen solchen von 21 M. pro Woche, sowie eine Provision von 2 1/2 Pf. pro Kasten.
3. Jugendliche Wilsfahrer erhalten einen Anfangslohn von 14 M. und nach einjähriger Tätigkeit einen solchen von 15 M. pro Woche. Außerdem erhalten dieselben für jeden verbrauchten Kasten Bier eine Provision von 2 1/2 Pf.
4. Einen Wilsfahrer hat ein jeder Kutscher, welcher 40 Kasten abet, zu beanpruchen, eventuell wird ein solcher bei einer Kastenabst von 30 Stück gewährt.
5. Die Wilsfahrer haben an den Sonn- und Feiertagen abwechselnd beim Füttern der Pferde behilflich zu sein, und erhalten dafür die Betreffenden eine Vergütung von 1 M.

**b) Kellerarbeiter.**

1. Die Arbeitszeit dauert Sommer und Winter von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends mit einer 1/2 stündigen Frühstücks- und einer 1 1/2 stündigen Mittagspause.
2. Arbeiter über 20 Jahre alt, welche schon in Flaschenbottellereien gearbeitet haben, erhalten einen Anfangslohn von 16 M. pro Woche. Derselbe erhöht sich nach 6 Wochen auf 19 M. und nach 3 Monaten auf 20 M. pro Woche.
3. Jugendliche Arbeiter — im Alter von 17 Jahren ab — erhalten einen Anfangslohn von 15 M. nach 8 Wochen 16 M., nach 3 Monaten 17 M. und nach 6 Monaten 18 M. pro Woche.
4. Für Ueberstunden, d. h. für die Zeit, während welcher nach 6 Uhr abends gearbeitet wird, soll pro Stunde 40 Pf. gezahlt werden. Sonntagsarbeit wird ebenfalls mit 40 Pf. pro Stunde bezahlt.
5. Falls die Ueberstundenarbeit bis 9 Uhr abends ausgeht, so ist eine weitere Pause von 1/2 Stunde zu gewähren. (6 1/2 bis 7 Uhr).

**Sonstige Bestimmungen.**

1. Maßregelungen wegen Durchführung dieses Tarifs dürfen nicht stattfinden.
2. Dieser Tarif hat Wirksamkeit vom 16. Februar 1904 bis zum 15. Februar 1905 und gilt auf ein Jahr verlängert, falls er nicht 6 Wochen vor Ablauf von einer Partei geändert wird.
3. Etwaige aus diesem Tarife entfallende Meinungsverschiedenheiten resp. Streitigkeiten werden von den Herren Inhabern der Firma in Gemeinschaft mit einer von den Arbeitern und Kutschern des Betriebes zu bildenden Kommission geregelt, welcher auch der Entwurf eines eventuellen neuen Tarifs zu übertragen ist.

Dieser Tarif ist seitens der Firma unterschrieben und mit folgendem Begleitschreiben uns wieder eingehändigt worden:

Herrn

M. Werner,

Bevollmächtigter des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, hier.

Inliegend senden wir Ihnen den vollzogenen Lohn-Tarif zur gef. weiteren Veranlassung.

Wir gestatten uns, Ihnen hiermit für Ihre, wie wir ausdrücklich anerkennen, objektive Mäßigkeit bzw. Mithilfe unseren verbindlichsten Dank auszusprechen und begrüßen Sie

mit aller Hochachtung

Brauerer Ernst Engelhardt Nachf.

Weiter sind diese Unternehmer, die Objektivität genug besitzen, um die Tätigkeit der Gewerkschaften zu würdigen, sehr billig gesät.

Die Kutscher, deren Lohn- und Prozentverhältnisse bis dato verbleibend waren, haben dadurch eine einheitliche Regelung erzielt. Die älteren Wilsfahrer haben nach einjähriger Tätigkeit eine Lohnzulage von 1 Mark pro Woche, sowie eine Erhöhung des Prozentfuges von 2 Pf. auf 2 1/2 Pf. der Kasten erreicht. Den jugendlichen Wilsfahrern, welche bis dato einen Wochenlohn von 13 Mark erhielten, ist der Lohn sofort auf 14 M. erhöht worden, mit der Maßgabe, daß derselbe nach einjähriger Tätigkeit 15 M. betragen soll. Die Provisionsfuge sind die gleichen wie bei den Kutschern. Außerdem wird den Wilsfahrern für das Füttern der Pferde an Sonn- und Feiertagen eine Vergütung von 1 M. gewährt, wofür früher garnichts bezahlt worden ist.

Die Kellerarbeiter haben durch diesen Tarif in erster Linie eine Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden täglich erzielt. Auch ist der Anfangslohn, soweit erfahrene Kellerarbeiter in Frage kommen, von 18 auf 20,50 M. erhöht worden. Aber auch die Regelung des Lohnes für solche Kollegen, welche noch nicht in der Branche tätig waren, bedeutet einen nennenswerten Fortschritt. Für die jugendlichen Arbeiter, welche bis dato im günstigsten Falle einen Wochenlohn von 15 M. erhielten und nun nach 3-jähriger Tätigkeit einen solchen von 18 M. erzielen, ist diese Abminderung von ganz besonderer Bedeutung. Außerdem ist die Bezahlung der Ueberstunden sowie der Sonntagsarbeit von 30 Pf. auf 40 Pf. pro Stunde erhöht worden.

Damit ist zum jetzt als hundertsten Male bewiesen worden, daß die Organisation die beste Methode der Kollegen ist. Der Beitrag zur Organisation trägt Wachstums, wer wollte angeht, der Tatsachen daran noch zweifeln. Wer also von den Berufscollegen dem Verbands fern bleibt, der schädigt sich selbst am meisten.

**Ein Straßenbild.**

„Am Sonntag fuhr in der zweiten Nachmittagsstunde ein Brauereiwagen die Charlottenburger Chaussee unter bedenklichen Umständen hinunter. Sowohl der Kutscher als der Wilsfahrer waren schwer betrunken und schliefen auf dem Bod. Jeden Augenblick schien es, als ob sie herabstürzen würden. Das Publikum machte einen Schreck auf die Gefahr aufmerksam, und der Beamte schritt mit der imponierenden Mähe, die einen Schutzmännchen auszeichnet, auf das Gefährt zu. Inzwischen aber hatte schon ein Radfahrer den Bierwagen angehalten. Auch der Schutzmännchen erwiderte allmählich den Wagen und ergriff nun die am Boden liegende Keule, um das Fuhrwerk nach der nächsten Polizeistation zu bringen. Obgleich ein Herr aus dem Publikum den Beamten darauf hingewiesen hatte, daß es notwendig sei, die schlafenden Bierfahrer zu wecken, damit sie die Gefährlichkeit der Situation begreifen lernten, ließ der Mann die Keule ruhig weiter schlafen. Bald trat denn auch ein, was befristet worden war: der Kutscher fiel vom Bod herab und kam zwischen Wagen und Pferd zu liegen. Zum Glück waren die Verletzungen beim Fall gering und der Betrunkenen konnte wieder auf den Wagen geladen werden. Als das Fuhrwerk vor der Polizeiwache hielt, begab sich einige Personen mit nach oben, um die näheren Umstände der Angelegenheit zu Protokoll zu geben.“

So steht es in der Tagespresse zu lesen. Die Kutscher wurden nach der Wache gebracht und — werden selbstverständlich gebührend bestraft. Daß die Kutscher sich nicht zum Vergnügen betrunken halten, daß ihr Beruf oder vielmehr die eigenartigen Verhältnisse im Beruf die Kutscher zwingen, zum Schaben ihrer Gesundheit eine Unmenge von Getränken zu konsumieren, darnach frägt keiner. Dennoch werden die Kutscher bestraft werden, und die Brauerei, welche den Nutzen aus der Konsumententätigkeit der Kutscher zieht, ist wird frei ausgehen.

**Kaiserkautern.**

Für den Herrn Kommerzienrat, Brauereibesitzer, Doktor Theodor Orth, Witzenmeister, von Kaiserkautern, scheinen die Unfallversicherungsbestimmungen für das Fuhrgewerbe nicht zu erfüllen, denn sonst müßte dieser gute Mann doch wissen, daß es strengstens verboten ist (§ 13 der Unfallversicherungsbestimmungen) Durchgänger zum Fahren zu betreiben. Auf zwei solche Durchgänger ist der kürzlich vorgekommene Unfall bei Kobenbach zurückzuführen. Als vor drei Wochen einem jüngeren Fuhrmann an derselben gefährlichen Stelle (der Kobenbacherstraße) dieselben zwei Wäule durchgingen, wurde dieser Fuhrmann entlassen, und ein älterer schon über 10 Jahre in der bürgemeisterlichen Brauerei beschäftigte Kutscher bekam die Durchgänger zum Fahren. Aber am Samstag abend, als der Fuhrmann jene verhängnisvolle Stelle passierte, scheuten abermals die Pferde, der tüchtige Fuhrmann fiel vom Wagen, wurde überfahren und erlitt schwere innere und äußere Verletzungen, am Hinterkopf und den beiden Schultern. Wir fragen nun: Will der Herr Kommerzienrat auch diesen Mann entlassen (er soll sich bereits in diesem Sinne geduldet haben) oder will er endlich dem Gesetz genügen und die Durchgänger abschaffen? Wenn dem Herrn Bürgermeister die Gesundheit und das Leben seiner „Fuhrleute“ nicht so wertvoll ist, als seine zwei Wäule, so können wir das schon begreifen, denn für den kranken, arbeitsunfähigen Knecht gibt es gesunde, kräftige, frische „Ware“, die nichts kostet, aber so ein Durchgänger kostet eben verschleierte Mark. Darum werden wohl lieber die Pferde gehalten, selbst wenn noch mehr Knechte darunter leiden sollten. Werden denn nun die Fuhrleute von Kaiserkautern bald einsehen, daß es notwendig ist, sich zusammenzusetzen und gemeinsam gegen solche Behandlung zu kämpfen? Kollegen, wollt Ihr Euch denn ewig von dem geknehten Herrn Dr. mit „Du“ anreden lassen? Wollt Ihr ewig bei einer Arbeitszeit von 16—24 Stunden pro Tag Euch mit einem Wochenlohn von 15—18 M. abfinden lassen? Wollt Ihr weiter in diesen Euren Schlafstellen, im Stall, kampieren? Wollt Ihr weiter Eure Gesundheit aufs Spiel setzen, um dann auf's Pfahler gedrosen zu werden? Wir glauben es nicht, denn auch für Euch ist die Miste da. Schließt Euch alle dem Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter an, der in jeder Lage Eures Lebens für Euch eintritt. Nehmt Euch ein Beispiel an Euren Nachbarorten, an Neustadt, Bornim, Ludwigsdörfen, Frontenthal, Seepzer usw. Hinein in den Verband, auch wir wollen es unseren „Vorderen“ nachmachen und uns zusammenschließen, um unsere Lage zu verbessern.

Eines für viele.

**Droschkenkutscher.**

Leipzig. Die hiesigen Droschkenfuhrhalter fürchten unseren Verband mehr, als den obersten der Teufel. Die Organisation ihrer Kutscher zu hemmen und zu schädigen, das scheint der goldgeliebtesten Droschkenbesitzer alleinigen Rettungsmittel zu sein. Auch der Herr Wärter scheint unseren Verband ganz besonders ins weite Herz geschlossen zu haben. Bei diesem Herrn fuhr einer unserer Kollegen seit ungefähr drei Wochen, als es ihm einfiel, auch mal einen Tag frei haben zu wollen. Der freie Tag wurde ihm auch zugestanden. Da nun das Geld einer Leipziger Droschkenkutscher gerade nicht besonders drückt, blieb unser Kollege an seinem freien Tage zu Hause, um seine mühen Knochen mal ordentlich auszuruhen. Am Sonntag, meinte der Kollege für sich im stillen, kannst du dann desto besser bei der Arbeit auf dem Posten sein. Aber mit des Geschäftes Nächsten ist kein ewiger Bund zu schließen, und die Knechts schreite schnell. Der ein Wackerdäufend an Mitgliedern zählende Verein Leipziger Droschkenkutscher hatte an gleichen Tage sein Wintervergnügen, natürlich in einem für die Arbeiterschaft gesperrten Lokal. Zu diesem Akt-Blm werden nun die Herren Fuhrhalter regelmäßig untertänig eingeladen. Diese gerufen denn auch allgergungst, zwar nicht persönlich zu erscheinen — es schied sich nicht, daß Herren in Gesellschaft von Knechten sich amüsieren —, aber ein paar Mädelgroßen zum Verkauf hinzuzufinden. So schickte zum angegebenen Feste auch Herr Wärter an Stelle seiner wertigen Person 10 Reichsmärker, dabel natürlich voraussetzend, daß sich seine Kutscher damit recht gut amüsieren.

Als nun der Herr Wärter hörte, daß der Kutscher 2 den silbernen Märkern nicht mal so viel Achtung entgegen gebracht hatte, daß er beim Feste erschienen wäre, da brach das Donnerwetter unter reichlicher Entzündung der gnädigen Frau über den armen Kutscher los. Unter Ausstellung von allerhand schönen Redensarten sollte U. sich sofort zum Feste scheren. Der Kollege meinte darauf, daß er in Gesellschaft recht gerne nach Satanas Paradies sich verfüge. Nun sollte U. ein Schriftstück unterschreiben, durch dessen Inhalt jede Klündigungsfrist aufgehoben war. Das konnte der Kollege aber wirklich nicht über's Herz bringen, seinen lieben Ringel und dessen halbes Ehepaar so plötzlich verlassen zu müssen, er war den beiden zu sehr zugetan. Da aber Herr Wärter aus früherer Zeit das Geliebte in Angelegenheit ist, so hat er es schließlich bleiben lassen, den Kollegen sofort hinauszuwerfen. Wünschen wie dem Herrn Wärter, daß er nicht bald wieder aus seiner beschämlichen Ruhe aufgedrückt wird, durch einen Menschen, der von der Harmonie der Unteressen zwischen Fuhrunternehmer und Kutscher nichts begreifen will. Freilich, die Fuhrlebensversicherung unter dem Kutscherbohle sind sehr zum Leidwesen der Fuhrherren im rapiden Aussterben begriffen.

**Handelsarbeiter.**

Berlin. Mithilfe Arbeitsbedingungen herrschen im Betriebe der Auer Gas-Gläserei-A-G. Die Löhne erhalten dort ein Anfangsgehalt von 2,90 M. pro Tag. Dieses steigt allmählich bis auf 4,10 M. in der gerahmen Zeit von 10 Jahren. Ein Vater hatte nach 15-jähriger Tätigkeit glücklich 4,90 M. Tagelohn erreicht; als nun seine Kräfte abzunehmen begannen, wurde sein Lohn wieder auf 3,90 M. reduziert. Das ist der Dank für treue Arbeit. Die Fuhrfuhrhalter erhalten einen Stundenlohn von 27 1/2 Pf., und davon sollen sie in der Weltstadt Berlin leben. Da ist es allerdings kein Wunder, wenn einzelne Fuhrfuhrhalter stille Kommanditare der Gesellschaft geworden sind. Die Monteure erhalten, bis sie eine erste Tour haben, gar nur einen Tagelohn von 1 M. Dabel läßt die Behandlung der Angestellten ebenfalls recht viel zu wünschen übrig. Vor Weihnachten haben sich 4 Kollegen genötigt, die Arbeit niederzulegen, weil sie der Vorleser der Aufseherposition, Herr Richter, als Fiel betitelt. Da tut es also recht sehr not, daß sich die Kollegen in der Organisation zusammenschließen, um mit vereinten Kräften diesen Zuständen ernstlich entgegen zu können.

Die Berliner Handelskammer versteht sich auf die Beantwortung von Fragebogen über Arbeitszeit und Arbeitsverhältnisse in Handelsgeschäften. Wir hatten bereits im vorigen Sommer Gelegenheit, zu zeigen, wie die Sache gemacht wird. Das Ergebnis ist folgendes:

Soweit die Konfektions-Industrie in Betracht kam, konnten irgendwelche Missetände in den Arbeitsverhältnissen der Angestellten im Großgeschäft nicht festgestellt werden. Die Vertreter unserer Industrie bekundeten, daß hier eine übermäßig lange Dauer der Arbeiter nicht stattfindet, und daß den Zeiten angestrebter Tätigkeit während der Saison wiederum verminderte Arbeit in der stillen Jahreszeit gegenüberstehe. Die Annahme, daß Hausdiener und Pader durch Abeitung der Austräge länger im Geschäft zurückgehalten werden, als dann männliche Personal, trifft fast gar nicht zu, so daß auch für diese Arbeitnehmer sich Ungünstigkeiten nicht bemerkbar gemacht haben.

Fest hat Ihr das Wort, Hausdiener und Pader Berlins!

Wehrt Euch und bewahrt den humanen Herrn Chefs, die in der Handelskammer sitzen, daß sie die Trasse Unwahrscheinlichkeit, und zwar nicht ganz unvollständig, behauptet haben.

Während der Sonntagsruhe dürfen die Läden zur Beschäftigung der Waren nicht geöffnet sein. Nach § 41 a der Gewerbeordnung darf, soweit nach den Bestimmungen der § 9 105 b bis 105 h Gesetzen, Lehrlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe an Sonn- und Feiertagen nicht beschäftigt werden dürfen, in offenen Verkaufsstellen ein Gewerbebetrieb an diesen Tagen nicht stattfinden. Wegen Verstoßes gegen diese Bestimmungen war ein Kaufmann in Oberglogau vor Gericht zur Verantwortung gezogen worden. Er hatte eines Sonntags im September v. J. in der Zeit von 4 bis 8 Uhr nachmittags seinen Laden offen gehalten, so daß das Publikum ihn betreten konnte. In dem Geschäft lagen die Waren zur Beschäftigung ausgestellt. Der Angeklagte führte abwechselnd mit seiner Schwester die Aufsicht über die Waren. Ein Verkauf von Waren aber fand nicht statt und mit dem Publikum wurde über dieselben nicht verhandelt, abgesehen davon, daß der Angeklagte einer Frau einmal Auskunft über den Preis eines Silbdes erteilte.

Das Schöffengericht fand bei dieser Sachlage in dem Verhalten des Angeklagten lediglich eine Ausleistung seiner Waren zur Reklame, nicht aber einen Gewerbebetrieb. Deshalb war auf Freisprechung erkannt.

Das Landgericht, das über die vom Amtsanwalt dagegen eingelegte Berufung entschied, kam zu demselben Resultat. Mit dem ersten Richter, so hielt es in der Begründung, müsse angenommen werden, daß § 41 a der Gewerbeordnung lediglich ein Verbot des Gewerbebetriebes in offenen Verkaufsstellen enthalte. Ein solcher Gewerbebetrieb aber könne nicht in der Ueberwachung der Waren durch den Geschäftsinhaber, auch nicht in der Erteilung einer Auskunft über den Preis der Waren, sondern dem Gewerbebetrieb selbst einen unmittelbaren Verkehr mit dem Publikum zum Zweck des Verkaufes der Waren, die einzeln vorgezeigt und verhandelt werden, voraus. Die Ausstellung diene nur dazu, die Kaufobjekte dem Publikum anschaulich zu machen, wie solche Ausstellungen in den Schaufenstern der Kaufhäuser in beschränkter Maße stattfinden. Das Verhalten des Angeklagten widerspreche auch nicht den polizeilichen Vorschriften über die äußere Befahrung der Sonn- und Feiertage. Eine gerühmte Arbeit komme nicht in Frage, und ein Betrieb einer offenen Geschäftsstelle liege nicht vor.

Wegen die Entscheidung des Landgerichts wandte sich die Vertretung der Staatsanwaltschaft, die jetzt von dem Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft vor dem Strafsenat des Oberlandesgerichts Breslau mit der Ausführung begründet wurde, daß tatsächlich zwischen den Beschäftigten der Ausstellung und dem Abenthaber Verhandlungen stattgefunden hätten. Unter den Gewerbetreibenden fallen auch diejenigen Maßnahmen, die den Verkauf vorbereiten, also jeder Verkehr zwischen Publikum und Geschäftsinhaber. Das treffe im vorliegenden Falle zu. Es wurde deshalb Aufhebung des landgerichtlichen Erkenntnisses und Zurückweisung der Angelegenheit an die Vorinstanz, ebensowohl Verurteilung des Angeklagten beantragt. Der Strafsenat schloß sich den Ausführungen des Vertreters der Oberstaatsanwaltschaft an. Der Vorberichter habe den Verzicht Gewerbetreibender verkauft, wenn er meine, daß derselbe darin bestehe, daß sofort ein Verkauf stattfinden würde. Das ist nicht erforderlich. Es genüge, daß ein Verkehr zwischen Publikum und Ladeninhaber stattfinde, der den Verkauf der Waren vorbereite. Der Gerichtshof erkannte auch gleich auf eine Strafe wegen Verstoßes gegen § 11 a der Gewerbeordnung in Verbindung mit der Polizeiverordnung über die äußere Heilighaltung der Sonntage. Das Urteil lautete auf die niedrigste gesetzlich zulässige Geldstrafe von 3 Mark.

**Schleiberg.** Arbeit macht bekanntlich das Leben süß, aber nur dann, wenn sie genügend entlohnt wird. Zu dem hierzu gehörigen Uebelstande von Frau, Wahnwitz, erhält der Hausvater 20 Mk. Lohn per Monat und die übliche Mahl. Diese besteht aus einer Tasse Kaffee und 2 Pfaffen des Morgens, dem obligaten Einbürger mit Brot um 11 Uhr vormittags und einem Mittagessen, bei dem der Hausvater immer seines Herrn Gletsch Hände um ihr Brecken beneidet. Die nötige mütterliche Strenge erweist dann die Mangelhaftigkeit der stimmungsfähigen Gemüthe. Was hilft da, um bessere Zustände herbeizuführen? Einzig und allein die Organisation.

**Vorschlag 1. V.** Welche Früchte örtliche Vereinbarungen über die Einhaltung der Sonntagsruhe und das Schließen der Verkaufsstellen zeitigen, zeigt folgender Fall. In Vorschlag II vor Jahren unter den Geschäftsinhabern beschlossen worden, am Auf- und Montag die Geschäfte den ganzen Tag geschlossen zu halten. Es entspricht dies nicht nur dem Bedürfnis nach einem der sonst so seltenen völligen Ruhetage, sondern auch vor allem dem Wunsche der leistungsfähigen Bevölkerung. Diese Vereinbarungen durchzuführen zu haben, kann die Firma Heinrich Wöhl, Konfektionsgeschäft in Vorschlag, als wenig schmerzhaftes Verdienst für sich in Anspruch nehmen. In Nr. 273 der „Vot. Bl.“ in Vorschlag erhielt genannte Firma folgende Anzeige: „Zur Jubiläum am Sonntag, den 22. November, Auf- und Montag in Vorschlag, findet, trotzdem mein Geschäft von außen geschlossen ist, der Verkauf wie an jedem Sonntag von 11 bis 4 Uhr mittags, jedoch durch den Kaufgang, statt.“ Als es nicht bezeichnen, daß wohl diese „Ankündigung“ in der auswärtigen Presse und nicht am Platze selbst berichtet? Sollte ihm sein kaufmännisches Ehrgefühl nicht doch gesagt haben, daß er mit einem solchen Geschäftsgedanken die Meinung aller recht denkenden Menschen verstoße? Natürlich sind durch diese Angelegenheit auch Konkurrenzgeschäfte dazu verleitet worden, an diesem Festtage ebenfalls durch den Kaufgang zu verkaufen, wodurch manchen die wohlverdiente Ruhe gerahmt wurde. Jeder bietet das Geleit seine Sandhabe, solchen Maßnahmen entgegenzutreten. Die Vorschläger schuldige Kaufmannschaft wird hoffentlich daraus die Lehre ziehen, daß mit freiwilligen Vereinbarungen absolut nichts zu erreichen ist, daß das von ihr so gepriesene Selbstbestimmungsrecht weniger anhängliche Geschäftsinhaber zum schändlichen Mißbrauch veranlaßt und daß nur durch eine starke Gesetzgebung die Einführung und Einhaltung der Sonntagsruhe, des 8 Uhr-Abendstillstandes usw. möglich ist.

**München.** Ein Muster-„Zeugnis“. Die Firma Gaesner u. Comp., Braunhoferstraße 15 (Eisenhandlung und Tischlereifabrik), hat einem kurze Zeit beschäftigten Ausgeher ein „Zeugnis“ folgenden interessanten Inhalts ausgestellt:

Zeugnis.

Herr Johann Meyer war bei uns vom 9. Dezember 1903 bis 14. Februar 1904 als Ausgeher beschäftigt.

Was sein Verhalten betrifft, so zeigte sich selber während unserer Unversehrtheit immer ganz geschäftig. Wir glauben ihm auch Treue beizulegen zu können, obwohl selber sonst seinem Namen alle Ehre macht.

Dies bestätigt auf den ausgesprochenen Willen eines unabhängigen Zeugnisses der Wahrheit gemäß. München, den 15. Februar 1904.

Gaesner u. Comp.

Dieses „Zeugnis“ spricht allein schon deutlich genug, jede kritische Bemerkung ist von Ueberflus und Feinheit nur abzuwachen.

Mineralwasser-Arbeiter.

Leipzig. Endlich was lange laßt, wird auch heute man ausruhen, wenn man lebt, daß sich der Organisationsgedanke bei den Mineralwasserarbeitern immer mehr und mehr Bahn bricht. Zeit wird es ebenfalls, daß bessere Zustände geschaffen werden, denn die Mängel, die in diesen Betrieben bestehen, sind ganz bedeutend und bedürfen dringend einer Besserung. Die Arbeitszeit beginnt gewöhnlich im Winter um 6 oder 7 Uhr morgens und dauert bis abends um 7 Uhr. Im Sommer hingegen können die Mineralwasserarbeiter wohl den Beginn der Arbeit, wann aber die Arbeitszeit beendet ist, davon wissen die meisten einfach nichts.

Wie weit die Ausbeutung getrieben wird, davon nur ein Beispiel: selber verlangte man von einem Arbeiter pro Stunde 180, 200-240 Maßchen zu ziehen, heute heißt es 300-350 Maßchen müssen pro Stunde abgezogen werden. Wer aber glaubt, daß die Lohnverhältnisse mit der Mehrleistung der Arbeit gleichen Schritt gehalten hätte, wird bitter enttäuscht, denn Löhne von 12 bis 15 Mk. sind keine Seltenheiten, ja, es gibt Arbeiter,

die ca. 25 Jahre in ein und demselben Betriebe beschäftigt sind, ganze 19 Mk. Wochenlohn erhalten, dafür aber unisoniert mit Neumaltheismus behaftet sind.

Von der Ueberlohnbezahlung versehen sich manche Unternehmer recht hübsch zu brühen, indem die Zeit erst nach 9 Uhr abends, in manchen Betrieben sogar erst nach 10 Uhr abends befristet wird. Auch sind die Arbeiter gezwungen, des Sonntags zu arbeiten und richtet sich die Dauer der Arbeitszeit nach dem Geschäftsgang. Regelmäßige Frühstück- und Vesperpausen sind dringend nötig, häufig ist anzutreffen, daß den Arbeitern kaum 10 Minuten Zeit zum Essen zur Verfügung stehen.

Jeder Kenner der Verhältnisse wird zugeben müssen, daß in dieser Branche bedeutend höhere Löhne gezahlt werden könnten, ebenso ließen sich geordnete Verhältnisse herbeiführen, ohne den geringsten Verlust der Unternehmer, denn der Nutzen in dieser Branche ist ein ganz runder, doch erlirbt es sich an dieser Stelle, darauf einzugehen.

Die Zahl der Unfälle in den Mineralwasserfabriken ist ganz bedeutend und betrug nach der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie 1901 4,33 auf 100 Versicherte; selbst dem Unternehmerrath (Zeitschrift für die gesamte Kohlenindustrie) ist die Zahl der Unfälle so hoch, und macht diesen Vorkäufen, wie eine Veränderung zum Besseren förmlich herbeigeführt werden.

Wohl nun die Schutzvorrichtungen (wie Schutzhelme und Schutzbrillen) nicht all zu teuer sind, sollte man meinen, daß diese Einrichtungen in sämtlichen Betrieben vorhanden wären, dann wenigstens eine Reduzierung der Unglücksfälle Platz griffe, doch lassen die Zustände auch nach dieser Richtung hin noch viel zu wünschen übrig.

Ein weiterer Uebelstand ist der, daß, um die Aufschüttung an den Rautenverfäulnissen zu entfernen, Flußhähne in Anwendung gebracht wird. Da nun die Flußhähne so intensiv wirkt, daß alle organischen Körper ohne Ausnahme zerstört werden, ein Gegenmittel es aber nicht gibt, so müssen die von dieser Säure erlittenen Teile chirurgisch entfernt werden. Die Kollegen sind auch an dieser Stelle gewarnt, mögen sie auf der Hut sein.

Für uns gilt die Devise „immer vorwärts“. Alle Mann in die Organisation, dann ist die Zeit nicht fern, wo gründlich Remendur geschaffen wird.

Straßenbahner.

**Varmen.** Nachdem die Schwebbahn am 1. März 1902 die Elberfelder Straße und am 27. Juni 1903 bis Varmen-Müllershausen den vollen Betrieb aufgenommen, hat sie sich als härtester Konkurrent der Straßenbahn (Zalzbahn) erwiesen. Das ergibt sich schon aus dem ungemessen starken Mähdgang der Einnahmen der letzteren. Die Zalzbahn erzielte im Januar d. Js. eine Einnahme von 52 975,98 Mk. gegen 80 476 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres. Dieser Mähdgang der Einnahme kann nicht mehr auf die unglückliche Witterung zurückgeführt, sondern muß ganz auf das Konto der Schwebbahn gesetzt werden, denn die Einnahmen der Städtischen Straßenbahnen, welche nicht unter der Konkurrenz der Schwebbahnen zu leiden haben, sind stetig gewachsen.

Doch jeder Geschäftsinhaber sucht nach Mühlsteil sein Geschäft rentabel zu erhalten, und so auch die Kolonnen-Gesellschaft. Sie sucht sich jetzt dadurch schadlos zu halten, um das Defizit möglichst herauszuschlagen, daß sie das Straßenbahn für die armen Angestellten in härtester Form zur Anwendung bringt. Es muß sich ja auch ein Eindeutiges finden, nichts ist leichter, als den Wagenführer oder Schaffner in Strafe zu nehmen. Wir wollen nur einige Fälle anführen, welche erkennen lassen, daß es ohne Strafe nun einmal nicht gehen darf. Ein Führer hatte abends zwischen 6-7 Uhr auf der Strecke Sembron 3 Minuten Verspätung, was bei dem starken Fußgängerverkehr gewiß vorkommen kann, Strafe 1,20 Mk. Ein Führer 3 Minuten zu früh in Müllershausen angekommen, Strafe 60 Pf. Ein Führer 1 Minute zu spät in Densch, Strafe 2 Pf., ein Führer 1 Minute zu früh eingekehrt, Strafe 50 Pf., ein Führer unversät, 50 Pf. Einem Schaffner, dem der Modemar etwas gerissen war, mußte 1 Mark zahlen, da so etwas nicht vorkommen darf, trotzdem der Mod sein Eigentum war. Ein Schaffner hatte am Morgen den Salen los, Strafe 50 Pf. Einem Schaffner geht im Densch ein Knopf vom Mantel ab, Strafe muß sein, 50 Pfennig. Der letzte Wagen abends muß alles mitnehmen, so kommt es oft vor, daß auf den Vorderperson 11 Personen aufsteigen, da ist es vorgekommen, daß ein Fahrgast ohne Fahrschein war, Strafe für den Schaffner 1 Mk., und so geht es weiter, eine Kontrolle über die vereinbarten Strafgelder haben die Angestellten nicht. Auch die Gehälter der Angestellten stehen in keinem Vergleich zu den Leistungen. Anfangslohn 3 Mk. pro Tag, nach 1 Jahr 3,30 Mk. für die Schaffner, für Führer Anfangslohn 3,30 Mk., nach 1 Jahr 3,50 Mk. Abzug für Dienstleistung pro Monat 8 Mk. (Mantel 56 Mk.) Soffe, Mod 42 Mk. Da nun die Strafgelder noch abgehen, so ist es mit dem schönen Gehalt der Straßenbahnangestellten nicht weit her, wenn sie da ihren Verpflichtungen an Staat und Kommune nachkommen wollen. Elberfeld und Varmen steht bezüglich der Lebensmittelpreise von allen Städten Deutschlands an der höchster Stelle, auch sind die Wohnungsmieten so hoch wie in anderen Großstädten. Es bleibt da zum Familienunterhalt nicht allzuviel übrig. Unsere Aufgabe muß es sein, die Organisation zu stärken, jeder Führer und Schaffner muß Mühlsteil unseres Verbandes werden, dann wird der Verband schon dafür sorgen, daß die Bäume der Straßenbahn nicht in den Himmel wachsen. Aufnahmen werden in Elberfeld im Bureau, Ahrensstraße 52, in Varmen bei Otto Dörr, Neustraße 18, entgegen genommen, unter voller Diskretion.

**Berlin.** Die sämtlichen Berliner Straßenbahn-Gesellschaften beschließen zusammen nach den Angaben der Direktoren 8871 Personen. Davon entfallen 7968 auf die Große Berliner Straßenbahn, durch deren Personal auch die Westliche und die Städtische Berliner Vorortbahn betrieben wird. Die Berlin-Charlottenburger Straßenbahn hat ein eigenes Personal von 559 Köpfen. Unter der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn sind somit 8526 Beamte vermindert. Die Berliner städtische Straßenbahn, deren Aktien im Besitze der Stadt sind, beschäftigt

305 Beamte, die Straßenbahn nach Hohen-Schönhausen deren 40. Die Gesamtzahl der Straßenbahnwagen in Berlin beträgt zur Zeit 2703. Davon sind 1575 mit Motoren ausgerüstet, 1134 sind leblich Anhänger. An Motorwagen zählt die Große Berliner 80, die Westliche 63, die Städtische 30, die Berlin-Charlottenburger 106, die Städtische 75 und die Sanderbahn 12. Anhänger besitzt die Große Berliner 870, die Westliche 75, die Charlottenburger 89, die Städtische 85 und die nach Hohen-Schönhausen 15. Von dem Gesamtverkehr des letzten Jahres mit 581 Millionen Personen entfallen 375½ Millionen auf die Straßenbahnen. Die Stadt- und Ringbahn mit 97½ und die Omnibusse mit 85½ Millionen im letzten Jahre treten dagegen zurück. Die gesamten Einnahmen der Straßenbahnen haben im letzten Jahre nahezu 34 Millionen betragen.

**Der Verband** liegt in den letzten Tagen, so veränderte die Vereinsfraktion kürzlich in der „Straßenbahn“. Wir gestehen, daß die vollständige Reife sehr nahe steht. Die Mittelbeziehung im Verbands ist beispielsweise von rund 20 000 am 1. Januar 1903, auf mehr als 30 000 am 1. Januar 1904 gefallen. Das Vermögen des Verbandes hat sich im gleichen Jahre gar von 70 000 Mark auf 105 000 Mk. verringert. Noch rapider geht es im neuen Jahre abwärts, in den beiden ersten Monaten allein ist die Auflage des „Courier“ von 34 000 auf 39 000 gefallen, so daß die vollständige Reife nur eine Frage kürzester Zeit ist. Schade nur, daß der Verband, trotz dieser schrecklichen Vetterwirtschaft noch immer doch nicht ganz werden will, er tut dies, wie gesagt, nur, um die wahrheitsliebende Vereinsfraktion noch ein bisschen zu ärgern und damit diese so wüthend immer noch Siegesfortschreiten ernten kann. Die Schüler des Wehphollbundes in der Vereinsfraktion stellen in der mathematischen Wissenschaften fast täglich Großes. Das bekannte Serenimaleins scheinen sie auswendig gelernt zu haben, wenigstens beten sie ihren Vorfahren dasselbe mindestens all vierzehntägig in der „Straßenbahn“ vor.

„Du mußt versteh'n!  
Aus Eins mach' Zehn  
Und Zwei laß geh'n  
Und Drei mach' gleich,  
Aus Fünf und Sechs,  
So sagt die Ker',  
Nach Sieben und Acht,  
So ist's vollbracht;  
Und Neun ist Eins  
Und Zehn ist Neins,  
Das ist das Herten-Einmal-Eins.“

Während so die Vereinsfraktion ihre Pflichten, den Angestellten Sand in die Augen zu streuen, zur vollen Zufriedenheit derer am Letzjahrer Platz erfüllt, bereitet man daselbst einen neuen Schachzug vor, um den Ueberfluß an Profit in den Taschen der Aktionäre unterzubringen. Der Ueberfluß hat eine so bedenkliche Höhe erreicht, daß die Gehaltsentnahme der Stadt Berlin wieder in recht große, greifbare Nähe gerückt ist. Dem muß durch Veräußerung des Aktienkapitals begegnet werden, damit der Profit allein den Aktionären zufließt. Die Verwertung des Aktienkapitals wird für die Zukunft zugleich eine schönebare Verminderung der Dividende zur Folge haben. Diese Gelegenheit wird dann die Betriebsleitung benutzen, um den Schaffnern durch den Mund der allseitig zu solchen Aufträgen brauchbaren Vereinsfraktion zu beweisen, daß von einer Verkürzung der Dienstzeit auf 10 Stunden keine Rede sein kann. Und die Dienstplan-Künstler Achter, Ulrich u. Co. werden dann im Interesse der armen bebauerten Aktionäre für eine kleine Dienstverlängerung Sorge tragen. Die Einführung neuer Anlagbahnen bietet den Herren die schönste Gelegenheit, ihr Talent in dieser Beziehung leuchten zu lassen.

Wenn die Straßenbahner dann die großartigen Erfolge der Vereinsfraktion am eigenen Leibe zu spüren bekommen, dann erst wird ihnen ein Licht ausgehen. Wir streuen uns herzlich auferordenlich darüber, daß die famose Vereinsfraktion endlich die Majorität im Vertrauensmännerkollegium erlangt hat, wenigstens wird es ihr jetzt nicht mehr gelingen, die Schuld etwaiger Mißerfolge auf andere Schultern abzuwehen zu können. Ja, Straßenbahner, nicht an ihren Worten, an ihren Werken soll ihr Eure Freunde erkennen.

**Samburg.** Bereits zu wiederholten Malen haben wir auf gewisse Vorkommnisse hingewiesen, welche zur Evidenz zeigen, daß die Straßenbahnerbewegung vom August 1903, die lediglich damit dem besonnen-revolutionären Vorgehen der Leitung unseres Verbandes nicht in einen Streit ausartete, manche Verbesserungen für die Angehörigen des großen kapitalistischen Verkehrsunternehmens im Gefolge gehabt hat, die sie ohne Bewegung noch bis in die Büppchen hätten lauern können. Wir erinnern nur an die Errichtung von Wartehallen an den Endstationen, an den angemessenen Ton, den sich, wenigstens eine geraume Zeit hindurch, gewisse Vorgesetzte angewöhnt hatten, an gewisse präzisere Bestellungen der Dienstpläne, an die freien Sonntage usw. In diese Kritik fällt nun auch die Errichtung des Fahrpersonal-Beirats, die wir bereits kurz erwähnten. Es lohnt der Mühe, diese sozialpolitische Maßnahme einer oder brauchbaren Sozialpolitik durchaus abzuholen Gesellschaft etwas härter unter die Lupe zu nehmen. Dieser Beirat hat folgende Aufgaben und Befugnisse:

- a) über alle seitens des Vorstandes der St.-E.-G. ihm vorgelegte Fragen sein Gutachten zu erklären.
  - b) Anträge, Wünsche und Beschwerden, welche von Angehörigen des Fahrpersonals (Schaffner, Führer und Wagenführer mit Fahrschein) ihm vorgebracht werden und welche die Angestellten des gesamten Betriebes oder einzelner Wabnhöfe oder einzelner Gruppen des Fahrpersonals im ganzen betreffen, dem Vorstande der St.-E.-G. zur Kenntnis zu bringen, soweit der Beirat dieselben für begründet erachtet. — Beschwerden einzelner Personen sind von dem Beirat entgegen Angestellten unter Einhaltung des Instanzweges bei den Vorgesetzten selbst zu vertreten.
- Dem Beirat werden hier also sehr weitgehende Befugnisse eingeräumt — den Kollegen gegenüber. Seinem Ermessen unterliegt es völlig, ob er Wünsche, Anträge

und Beschwerden der gesamten Kollegenchaft oder gewisser Gruppen für begründet und geeignet hält, der Direktion unterbreitet zu werden. Eine sehr befriedigende Vollmacht, wenn sie in den Händen rückhaltloser, strebsamer Elemente liegt! Diese pflegen eine feine Mitternacht für alles zu besitzen, was „oben“ nicht gern gesehen wird, und werden nur das für begründet, erachten, was ihnen ist, und das es — und es nicht zulässig ist. Wünsche ganzer Bahnhöfe — die zum Teil 200 und mehr Leute zählen — müßten doch unter allen Umständen der Direktion unterbreitet werden. Der einzelne ist nach wie vor auf den famosen Anknüpfenweg angewiesen, auf dem Wünsche und Klagen meistens so hübsch langsam betrocknet und verschimmeln. Wenn z. B. ein Schaffner sein Recht gegenüber einem regelhaften Vorgehen suchen will, dann ist die im Betrat vertretene Solidarität der Gesamtheit für ihn nicht da, die er gerade hier so notwendig bräuchte, dann muß er den dornigen Weg allein wandern. Der Weizen der Grobheit und der brutalen Schlämmentümer dürfte also auch künftig hübsch blühen.

Die Betragsmitglieder werden auf zwei Jahre gewählt; alle Jahre scheidet die Hälfte, die erstmalig durch Los bestimmt wird, aus. Durch Ausnahmestimmungen über das aktive und passive Wahlrecht sucht die Gesamtheit offenbar schon dahin zu wirken, daß möglichst die ergebene Leute, die den erzwungenen Berufswechsel fürchten, in den Betrat kommen. Irgend welcher andere Grund läßt sich schwerlich geltend machen für den Ausschluß der unter 25 Jahre alten und der im ersten Dienstjahre stehenden vom Wahlrecht, der unter 30 Jahre alten und im 1. bis 3. Dienstjahre stehenden von der Wählbarkeit.

In der Geschäftsordnung des Betrates ist weiter kräftig dafür gesorgt, daß die Körperlichkeit nicht zu irgend welchem greifbaren Einflusse gelange. Es heißt da:

Die Gewählten eines jeden Bahnhofs bilden für sich einen Bahnhofsrat, die Bahnhofsräte zusammen bilden den Gesamtbetrat des Fahrpersonals. Nach erfolgter Wahl treten die Betragsmitglieder sämtlicher Bahnhöfe zusammen und wählen unter Leitung des Dienstleiters einen Vorsitzenden des Gesamtbetrates sowie einen Stellvertreter desselben.

Die Sitzungen der Betrags müssen stattfinden, so oft es der Vorstand der St.-E.-G. verlangt. Außerdem kann jeder Bahnhofsbeirat monatlich einmal zusammentreten, falls es eines der beiden Mitglieder wünscht; der Gesamtbetrat kann vierteljährlich einmal beraten, falls zwei Drittel der Mitglieder es beantragen. Die Zusammenkünfte der Bahnhofsbeiräte finden auf Grund freier Vereinbarung unter den beiden Mitgliedern statt und ist die Zeit hierfür im Einvernehmen mit der betreffenden Inspektion festzusetzen. Eine besondere Einbindung und Tagesordnung ist für die Sitzungen des Gesamtbetrates nicht erforderlich. Zu den Sitzungen des Gesamtbetrates laden der Vorsitzende jedes Mitglied unter Angabe des Ortes, der Zeit und der Tagesordnung schriftlich ein. Die Zeit ist im Einverständnis mit dem Vorstände der Straßenbahn festzusetzen, dem auch von den auf der Tagesordnung befindlichen Gegenständen, ehe die Einladungen erfolgen, Kenntnis zu geben ist, damit insbesondere auch von ihm gewünschte Gegenstände auf die Tagesordnung gesetzt werden können. Der Vorstand der Straßenbahn bestimmt die Lokale für die Sitzungen und kann allen Sitzungen persönlich beiwohnen, sowie einen oder mehrere Vertreter in dieselben entsenden. Falls der Vorstand der Straßenbahn oder ein besetzener Vertreter der Oberbeamten an einer Sitzung teilnimmt, so übernimmt dieser den Vorsitz.

Auf den ersten Blick sieht man aus diesen Bestimmungen heraus, was ein Scheitern dieser Betrags führen werden, wie sie lediglich als befristete Hilfe dienen sollen, unter der sich die elerne Kapitalistenokratie verbergen will. Sie werden alle diesen — wenn's dem hochblühlichen Vorstände paßt. Und nur denke man sich die Vertretung von Beschwerden ganzer Bahnhöfe — ihre „Begründeterhaltung“ durch den Betrat einmal, so unabweisbar als das ist, vorausgesetzt — etwa über den durch beiderseitig lebenswürdige Umzugsformen ausgezeichneten Herrn Gesandten in einer Sitzung, die geleitet wird von Herrn Gahl oder Kochl. Der Gedanke einer solchen „Vertretung“ ist so grotesk, daß man unwillkürlich lachen muß!

Und doch fürchtet offenbar die St.-E.-G. noch, daß „ungeleitete“ Elemente in diese Betrags geraten könnten, fürchtet anscheinend, daß wirklich einmal der Betrat nicht nur auf dem Papier stehen und mehr tun könnte, als in hübschlicher Gegenwart eines Oberbeamten einmal ein Kneipstischchen abhalten! Wenn wir recht unterrichtet sind, haben Beratungen unter „obrigkeitlicher“ Leitung stattgefunden zwecks Ausfindigmachung tauglicher, d. h. natürlich direktionskommer, Kandidaten. Wir wollen hoffen, daß demgegenüber die Straßenbahner so geschaut sein werden, in das Institut, so versteht es in seiner Anlage ist, Leute zu entsenden, die Haare auf den Zähnen haben und es nicht scheitern mit der Zeit dahin bringen können, aus dem Betrags eine brauchbare Interessenvertretung der Angestellten zu machen.

Sie haben alle Ursache, nach zu sein. Zuviel schon ist von den Freisten der Bewegung ihnen durch Käfighaftigkeit und Missetätigkeit wieder verloren gegangen. Statt zur Stange zu halten, wie sie es in den Stunden der Erregung und der Not sich und der selbstlos zu ihnen stehenden organisierten Arbeiterchaft gelohnt, sind manche von ihnen wieder in die alte Gesellschaft zurückgefunden und haben dem Verbanne den Rücken gekehrt. Das beginnt sich schon zu rächen und wird den Verräthern bittere Früchte tragen, wenn sie nicht betzeten einsehen. Schon beginnt wieder das alte System langsam sich einzufressen. Jeder aufmerksamste Fahrgast spürt's, wie der Umgangston der Vorgesetzten wieder „höflicher“ zu werden beginnt. Die Straßen hageln wieder in alter Dichte. Erst vor einigen Tagen wurde ein Schaffner vom Bahnhofsmeister durch den Kontrollleur E. um 1 Mk. erleichtert durch eine Meldung, weil er, um nicht zu spät abzufahren, früh morgens in einem dunklen Winkel des Bahnhofs seine Notdurft verrichtete. Von allen Seiten hört man es wieder klagen. Da wird es bald wieder so weit sein, wie es vor dem demütigsten Antritt 1908

war. Möge es nicht erst wieder des Selbstmordes eines Verzeihens bedürfen, um Gebanntes zum Nachdenken zu bringen! Möge der Popanz eines Arbeiterauschusses, der in dem Betrat ihnen geboten wird und sie so recht daran erinnert, was durch Eingetragene und Unzufriedenheit erreicht werden kann, wenn — sie vorhanden sind; möge dieses Zerbröckeln einer vernünftigen Arbeitervertretung die Straßenbahner zur Pflichterfüllung aufrufen und sie Mann für Mann der Organisation zuführen! Mühen sie dem durchaus immer erst an den Prügel, die sie bekommen, spüren, daß sie vergessen haben, sich rechtzeitig mit Wehr und Waffen zu versehen?

**Karlsruhe.** Eine bessere Fürsorge für das Personal der Straßenbahn war fernerzeit in der Begründung der Vorlage wegen Erwerbung der Straßenbahn seitens des Stadtrats als notwendig bezeichnet worden. Es war dort auch die Rede davon, daß es sich um eine den Anforderungen der Humanität und den wirtschaftlichen Interessen der Stadt entsprechende Regelung der Arbeitszeit, der Ruhepausen, der Sonntagszeit, der Vergütung für außergewöhnliche Bezahlung u. s. w. handle. Wer jene Stelle in der stadtträtlichen Begründung der Vorlage las, der mußte sich der Hoffnung hingeben, daß nach der Erwerbung der Straßenbahn durch die Stadt die vielen, von der Stadtverwaltung selbst als berechtigt anerkannten Klagen des Straßenbahnpersonals Berücksichtigung finden würden. Das war vor etwas mehr als einem Jahre. Jetzt, nachdem festgestellt ist, daß die Straßenbahn für die Stadt ein gewinnbringendes Unternehmen ist, sollte man meinen, daß die „den Anforderungen der Humanität entsprechenden“ und als „notwendig“ anerkannten Verbesserungen durchgeführt würden. Das aber ist ein Irrtum. Bei den Straßenbahnermacht sich vielmehr das Gefühl geltend, als ob sie aus dem Regen unter die Traufe gekommen wären. Was die Bezahlung der Wagenführer angeht, trifft dies unbedingt zu. Diese werden jetzt mit einem Anfangsgehalt von monatlich 95 Mk. angestellt. Das Gehalt betrug nun früher allerdings nur 90 Mark monatlich, dazu belamen aber die Leute eine Prämie von 7,50 Mk., so daß sie sich tatsächlich um 2,50 Mark besser stellten, als heute. Das Anfangsgehalt der Schaffner ist etwas besser geregelt, sie haben jetzt 90 Mk. gegen früher 85 Mk. inkl. Prämie.

Alle die schon seit längerer Zeit bei der Straßenbahn angestellten Leute beklagen sich über die Auszahlung der Prämie, die sie nach ihrem noch mit der Gesellschaft abgeschlossenen Vertrag zu beanspruchen hätten. Anzahl den Leuten den fälligen Prämienbetrag, auf den sie schon so lange gerechnet hatten, auf einmal auszubehalten, wird die Prämie jetzt ratenweise ausbezahlt. Diejenigen aber, welche erst eine zweiwöchige Dienstzeit haben, erhalten, wie uns versichert wird, die in ihrem mit der Gesellschaft abgeschlossenen Vertrag versprochene Prämie überhaupt nicht ausbezahlt.

Wie es mit der „den Anforderungen der Humanität entsprechenden“ Regelung der Arbeitszeit aussieht, erhellt aus folgenden Tatsachen: Bei Kurs Nr. 1 wird morgens 5 Uhr 48 Min. im Depot abgehoben, abends um 11 Uhr 8 Min. fahren die Wagen dieses Kurtes wieder ein, das sind 17 Stunden 20 Minuten, wobei geben aber auf 14 Stunden 40 Minuten, so daß noch eine Dienstzeit von 12 Stunden 40 Minuten verbleibt. Nachts ist dies bei den Kurten 3, 5 und 7. Das eine solche Dienstzeit mit den Anforderungen der Humanität im Einklang steht, wird wohl niemand behaupten wollen. Die Arbeiter müssen also vor abend längstens um 5 Uhr in der Frühe aufstehen und kommen abends um 12 Uhr ins Bett, haben also eine nur 5 stündige Ruhepause.

Einen Ruhetag soll der Straßenbahn-Angestellte alle 6 Tage haben. Infolge der Knappheit der Personals wird aber der Ruhetag sehr häufig vom Dienst in Anspruch genommen. Davon, daß der Straßenbahnangestellte auf einen freien Tag jede Woche rechnen kann, ist keine Rede.

Diejenigen Leute, die im Leben einmal mit den Gesetzen in Konflikt kommen, werden aber Humanität zum Spitz nehmen. Diese werden bestraft, daß man sie von der Anstellung ausschließt und obendrein noch schlechter stellt in ihren Gehaltsbezügen.

Die Behandlung des Fahrpersonals durch die Vorgesetzten läßt sehr viel zu wünschen übrig. Vor einigen Tagen kam es vor, daß ein Bahnmeister während der Fahrt auf einen Wagen sprang; der Wagenführer montierte dagegen, worauf er als Antwort vom Bahnmeister einen Schlag ins Gesicht erhielt.

An die Einführung von Glasabwärteln an Wagen, wie dies früher vom Stadtrat selber befürwortet wurde, denkt jetzt niemand mehr. Wahrscheinlich sieht man sich dabei auf die Vertreter der Straßenbahnangestellten im Arbeiterauschuss. Diese Vertreter aber suchen mit dem Personal gar keine Rücksicht und wären sehr wahrscheinlich auch gar nicht gewählt worden, wenn man nicht fernerzeit für die Arbeiterauschuss-Wahlen die eigenmächtige Vorchrift gemacht hätte, daß die Gewählten mindestens 30 Jahre alt und 3 Jahre in Dienst sein müßten.

Man steht an alledem, daß die Verhältnisse der Straßenbahnangestellten durchaus nicht in befriedigender Weise geregelt sind. Wir wollen durchaus nicht den Wert der Anstellung der Leute als städtische Beamte unterschätzen, aber diese Vorteile sind doch sehr problematischer Natur, so lange nicht durch eine entsprechende Bezahlung und vor allem auch durch eine kürzere Arbeitszeit dafür gesorgt ist, daß die Leute nicht vor der Zeit aufgierben werden.

Wo der Stadtrat selbst die Notwendigkeit einer besseren Fürsorge für das Personal anerkennt, dürfte man doch erwarten, daß er dann damit auch ernst macht und es nicht bei bloßen Versicherungen bewenden läßt. Schon im Interesse der Betriebssicherheit muß man verlangen, daß die Arbeitszeit, Ruhe-

pausen usw. in anderer Weise geregelt werden, als dies jetzt der Fall ist, an die Humanität wollen wir dabei gar nicht appellieren. Den Straßenbahnangestellten hat man das Koalitionsrecht entzogen; nachdem man so sicher war, daß jeglicher ernstliche Widerstand ausgeschlossen ist, bietet man den Leuten Steine statt Brot. Viel haben wir von der Humanität unserer Stadtverwaltung nicht erwartet, aber etwas mehr hätten wir für die Straßenbahnangestellten doch erhofft, als jetzt geschieht ist.

**Transportarbeiter.**

**Altenburg S.-M.** In unserem kleinen Herzogtum, und nicht zuecht aus unserer Haupt- und Residenzstadt Altenburg, haben sich ein gut Teil mittelalterlicher Einrichtungen und Gebräuche erhalten. Altenburg gehört mit zu denjenigen Städten, welche die engsten mittelalterlichen Straßen oder besser Gassen kennt. In einem Stadtteil, der den bleigebenden Namen „Neue Welt“ trägt, fällt es gar nicht auf, wenn auf der Fahrbahn ein laotisches Schwein oder alter Trutzbau liegt. Wir empfehlen den Anwohnern jenes Viertels als Geschenk den vom Jahre 1490 aus Nürnberg, in welchem es heißt:

„Und ist ein Knecht dazu bestellt,  
Der alle Tage mit der Wille geht,  
Ob jemand hingeworfen hat,  
Tote Säul', Fühner oder Ragen;  
Wo er die findet, er nimmt's empvor,  
Träglichs in der Wille vor das Tor,  
Damit die Gass' gesäubert wird.“

Aber wer'da annehmen will, Altenburg sei eine moderne Stadt, der irr' sich. Es hat auch breite Straßen, aber die breite dabei darf nicht bestrafen werden, weil dort das Schloß steht. Das Fuhrwerk muß sich damit begnügen, auf Umwegen durch enge Straßen den Verkehr zwischen Bahnhof und Stadt zu bewerkstelligen. Die größte Schenkwirtschaft von Altenburg ist aber das dortige Pfister. Der Herr Pf. kommt und etwa so ein Paar moderne Stiefel anhat, wie diese jetzt Mode sind, und viel auf der Straße sich aufhalten wollte, der braucht mindestens vormittags und nachmittags je ein Paar neue Trücheln. Der Verkehr zwischen Unternehmen und Pfischer ist ein Aktstich des alten patriarchalischen Arbeitsverhältnisses. So wie in verschiedenen Orten unsere Kollegen von dem „Herrn“ genutzt werden, so findet man bei uns das Wort „Herr“. Dieses soll aber nicht der Begriff einer Mehrzahl sein, sondern drückt als Einzelbegriff noch etwas Geringeres aus, als das bekannte „Du“ von „oben“ herunter. Aber hier macht man auch in Arbeiterfreundlichkeit. So ist es noch vielfach Brauch, daß die Geschäftsinhaber den Spektreuren für ihre Arbeiter Weihnachtsgeschenke übergeben. Andere wiederum geben diese den Knäulen mit, welche solche dann wieder im Kontor abgeben, damit dann gleich alles zusammen gleichmäßig unter die Kollegen verteilt werden soll. So ist es auch beim Hof-Spektleur Wagner. Nur hat die noble Firma den Fehler an sich, daß diese die eingegangenen Gelder dann nicht gleichmäßig verteilt, wie es sein müßte, sondern sie verteilt einfach nach Guise. Der nun dagegen murren, dem ergeht es wie unserem Kollegen E., er muß eben den Staub von den Pantoffeln schütteln und seiner Wege gehen. In einer „Hof“-Spektion ist für solche Vorfälle nicht Platz. Wir sind die letzten, welche den Trügelbären das Wort reden wollen, wo sie nun aber einmal noch sind, da möge man sich einer gerechten Verteilung befleißigen. Trügelbär sind nichts anderes, als brennhaltener Verdienst, darum sei die Lösung: „Schaffen wir uns auskömmlichen Lohn, dann pfeifen wir auf die Trügelbär.“ Das erreichen wir aber nur mit Hilfe der Organisation.

**Berlin.** Wir müssen uns wieder mal mit Wirtel-Fischer in der Adenbenderstraße beschäftigen. Wiederholt ist in der letzten Zeit beobachtet worden, daß dessen Kutscher an Sonntagen während der Strazzeit im Betriebe arbeiten mußten. Wir fordern daher die Polizeibehörde auf, diesem Herrn besonders Augenmerk zu schenken. Auch die Leitung des Tierkubens wird gut tun, das Pferdmaterial des genannten Fuhrherrn mal einer eingehenden Besichtigung zu unterziehen. Auch die Fuhrwerksberufsgenossenschaft hätte alle Ursache, besagten Betrieb einmal durch einen ihrer Ausschussesbeamten kontrollieren zu lassen. Sollte der betreffende Kontrollleur nichts finden, dann sind wir, d. h. ist unser Verband gerne bereit, ihm nähere Auskunft zu geben. Von der menschlichen Teilnahme Fischers an dem Wohle seiner Kutscher zeigte ein Vorfall, der sich kürzlich abgespielt hat. Der Kutscher A. V. wurde eines Sonntags während der Strazzeit bei der Arbeit von einem Pferde an den Kopf geschlagen. V. fiel betnimmungslos zu Boden, seinen Kollegen gelang es aber, ihn wieder zur Bewußtsein zu bringen. Nun schickte Fischer den V. ohne Begleitung nach der Unfallstation am Markannufer. Warum, Herr Fischer, wurde nicht sofort ein Arzt geholt und der arme Teufel nach seiner Wohnung gebracht. Sie wollen doch sonst ein humaner Arbeitgeber sein? U. N. w. a.

**Bremsehafen-Gesellende.** Unter recht miltigen Arbeitsverhältnissen haben die auf den Goldapellplätzen der hiesigen Firmen Ehrlich, Müllen und Punkt u. Mohr beschäftigten Kollegen zu leiden. Vornehmlich ist es die Firma Punkt u. Mohr, die uns das Material zu diesen Zeiten liefert. Dort gibt es für die Arbeiter 30 Pfennig Stundenlohn, was noch unter dem ursprünglichen Lohngelohn ist. In den Wintermonaten ist die Arbeitszeit auf 9 Stunden reduziert, und so erhalten denn die Kollegen in dieser Zeit nach Abzug der Versicherungsbeiträge 15,80 Mark als Wochenlohn ausbezahlt. Wer die hiesigen teuren Wohnungs- und Lebensmittelpreise kennt, der wird staunen, wie es möglich ist, daß ein Arbeiter mit einem solchen Lohne auskommen kann. Die in Frage kommenden Arbeiter trösten sich leider damit, daß es im Sommer, wenn Dampfer zu laufen sind, besser ist. Beim Fischen gibt es 35 Pfennig pro Stunde, und mit Hilfe einer Anzahl Ueberstunden und der segensreichen Sonntagsarbeit ist dann immerhin ein Wochenlohn bis zu 24 Mk. herauszuschlagen. Dabei vergißt man denn wieder die ungeren

Winterszeiten. Allen Welterndlichen ausgeföhrt, oft durch-  
näht bis auf die Knochen, wird die mit häufiger Lebens-  
gefahr verbundene Arbeit vertrieht. Dabei werden die  
Leute noch ununterbrochen wie Arbeitspferde angetrieben.

Wie hoch man von Seiten der Firma das Selbstbe-  
stimmungsrecht der Arbeiter bewertet, bezeugt der Um-  
stand, daß man es nicht für nötig erachtet, diese von  
etwas geringer Ueberstundenarbeit vorher zu unterrichten; man  
läßt sie ganz einfach so lange arbeiten, als es dem  
Unternehmer beliebt.

Es sei nur noch nebenbei erwähnt: daß bei Punkt  
u. Lohn die Letztere — hier ganz unbekannt — Ein-  
richtung besteht, Ueberstunden (bei Dampfen ausgenom-  
men) ohne Lohnzuschlag zu bezahlen.

Die reiche Firma wäre auch blöde, würde sie es tun.  
Arbeiten doch ihre Angelegenheiten mit ganzer Hingabe auch  
ohne Lohnzuschlag, nur um das trodene Brot zu ver-  
dienen, denn weiter langt es nach ihrer eigenen Aussage  
bei keinem.

Dieses Meid hat die Leute zu dem gemacht, was  
sie heute sind; hat sie herabgedrückt zum bloßen Arbeit-  
stier, während die Firma reich und mächtig wurde. Für  
die Arbeiter ist der Segen der Arbeit zum Fluch gewor-  
den, welcher auf den Unglücklichen ruht, die in dampfem  
Staubdümmen, ohne Selbstbestimmungs- und Energie, selb-  
stnachtslos die stämpfer Vorbereitungen lassen, welche um  
ein menschenwürdiges Dasein ihr letztes auß's Spiel  
sehen, der hohen Verantwortung ihren Enkeln und deren  
Zeit gegenüber sich wohl bewußt.

Möge dieses Gefühl der Verantwortung endlich auch  
die Gruppe der Holzarbeiter an der Unterwelt zum Be-  
wußtsein ihrer Strafe, ihrer Pflicht führen, damit sie end-  
lich einmal lernen, daß nur ihr Ansehen ist die selb-  
ständige Klasse des „Landes- und Transportarbeiter-Ver-  
bandes“ ihnen eine Gewähr für eine bessere Zukunft  
dabei.

**Also hinein in die Organisation.**

**Charlottenburg.** Ein gemeinsames Arbeiten ist  
durch den bevorstehenden Konflikt mit den hier am Orte  
noch bestehenden Stützgeräten zu Stande gekommen.  
Der Verein Charlottenburger Stützer, sowie der Verein  
der Dreifachschneider beschloßen auf unsere Anregung hin  
den Konflikt zu beenden, und beide Vereine haben be-  
reits ihren Vertreter gewählt, ebenso sind beide Vereine  
in der Agitation sehr gut tätig. Hoffentlich sehen nun  
auch diese Kollegen bald ein, daß es wohl besser wäre,  
wenn man sich zu einem ganzen großen vereiniget, nur  
daraus könnte man noch mehr gewinnen. Unsere neue  
Einrichtung der Bureaus kommt allen Kollegen zu gute,  
und mit Mat und Tat können wir helfen eingreifen.  
Eine Vermittelung aller Vereine würde wohl das Beste  
sein, nur dadurch, daß alle Kräfte sich dann frei entfalten  
können (und auch an Kräften fehlt es uns nicht), ist es  
möglich, bessere Verhältnisse in die überaus traurige Lage  
unserer Stützer zu bringen. Viel Arbeit und Mühe wird  
es noch kosten, aber wenn auch langsam, so geht es  
doch auch vorwärts. Stützer und Arbeiter, werft alle  
Pauken von Euch, schließt Euch unsern Verband an.  
Ein jeder sei auf dem Posten und sei sich bewußt, daß  
auch er ein Mensch ist und seine Menschenwürde achten  
und verteidigen muß. Der Konflikt zu Ostern wird so  
manchem Kollegen die Augen öffnen und mit klarer Deut-  
lichkeit beweisen, wie elend und wie erbärmlich nicht nur  
die Verhältnisse bei uns, sondern auch wo anders liegen.  
Kollegen, tretet ein in die Reihen Eurer kämpfenden Brü-  
der und werdet Mitglieder und werbet dann immer neue.

**Eltrich.** Im südlichen Vorgebirge des Harzes be-  
finden sich große Gypswerke. Hier sind auch viele Trans-  
portarbeiter mit beschäftigt, sie fahren den Waggons auf  
Schienen zu den Werken und werden andererseits als Ab-  
träger, Verdäcker, Stapeler etc. verwendet. Die Entlohnung  
der Kollegen ist je nach der Arbeit eine sehr verschiedene,  
der Stundenlohn beträgt 18—23 Pfennige. Die hygieni-  
schen Verhältnisse in den Betrieben lassen auch recht viel  
zu wünschen übrig. Der Gewerkschaftspostler dürfte da ge-  
legentlich ein Wortchen mitzureden haben. Wo jedoch zu  
wünschen übrig bleibt, da ist ein guter Boden für die  
Organisation vorhanden. So ist denn in den Orten Eltrich,  
Niederbachsleben und Wallendorf im letzten Jahres eine  
ganze Anzahl Kollegen dem Verbande beigetreten,  
obwohl in den letzten beiden Orten nicht mal ein Ver-  
sammlungslokal für uns zu haben ist. Besonders die  
Frauen der Kollegen interessieren sich lebhaft für den Ver-  
band, sie wissen es aber am besten, wo die Arbeiter der  
Schicht drückt, sie spüren das beim Wirkungsgebe und  
in der Familie am meisten.

Die rege Tätigkeit der Organisation ist aber auch  
bei den Unternehmern nicht unbemerkt geblieben. Erst er-  
klärte einer seinen Arbeitern: „Ich lege Euch etwas zu,  
aber geht nicht in den Verband.“ Die Kollegen haben  
sich durch dieses Versprechen nicht abhalten lassen, ihrer  
Pflicht nachzukommen: Warum sind denn die Herren  
Unternehmer nicht lieber auf dem Standpunkt geblieben,  
warum, ausgerechnet, wollen sie erst zulassen, wenn  
der Verband einzugreifen beginnt? Die Arbeiter halten  
sich getreulich schon lange eine kleine Wohnverbesserung be-  
dient. Warum hat man früher von der Arbeiterfreund-  
lichkeit der Herren Unternehmer so garnichts verstanden. Als  
das Hungerbrot nichts half, kam man mit der Peitsche.  
Wahrgeregungen traten ein, fruchtlos, denn die Masse der  
Kollegen hielt fest zu ihrer Organisation. Nun kamen die  
Unternehmer auf die Idee, es ihren Arbeitern nachzu-  
machen und sich ebenfalls zusammenzuschließen, wie sie  
sagten, zur Abwehr von unberechtigten Forderungen der  
Arbeiter. Was die Herren unter u. b. e. r. e. c. h. t. i. g. e.  
Forderungen verstehen, das verheißt sie wohlweislich.  
Nun, wir stellen überhaupt keine unberechtigten Forderun-  
gen auf. Aber eine unbenutzte Forderung ist es, bei  
heutiger Zeit zu verlangen, daß er sein ganzes Hab und  
Gut, seine Arbeitskraft, für 18 Pfennig die Stunde ver-  
kaufen soll. Die Arbeiter sind gekommen, ihre Pflichten  
auch gegenüber ihren Arbeitgebern voll und ganz zu er-  
füllen, wenn andererseits auch die Herren Unternehmer sich  
ihrer Pflichten, moralischen und materiellen Verpflichtungen  
den Arbeitern gegenüber sich nicht zu entziehen versuchen.

Die Erfahrung lehrt aber nun leider die Arbeiter,  
daß die Pflichterfüllung der Herren Unternehmer ihnen  
gegenüber bisher stets eine sehr lage war, und nur des-  
halb schloßen sie sich in einer Organisation zusammen,  
um die Herren Arbeitgeber wirksamer an ihre Pflichten er-  
innern zu können.

Der Besitzer der Zulußhülle, Julius Bergmann, ver-  
langte kürzlich von seinen Arbeitern, daß dieselben, seit  
ungefähr 14 Tagen bis drei Wochen, bis abends 10 Uhr  
arbeiten sollten. Wer die schwere, solche jämmerliche, allen  
hygienischen Anforderungen entbehrende Beschäftigung  
kennt, wird wissen, was dieses für die Arbeiter bei einem  
Stundenlohn von, sage und schreibe, 16 bis 23 Pf. be-  
deutet, es kommt dazu, daß dieses lange Arbeiten schon  
jetzt für die Leute unüberwindlich — wir wollen sagen,  
verflänglich erscheint. Auch dieses wurde noch hinzugenom-  
men. Da wurde am Samstag, den 13. d. Mts., ver-  
langt, bis 11 und 12 Uhr nachts zu arbeiten. Darauf  
beschrieben sich die Arbeiter, daß eine derartige Forderung  
an ihre Kräfte denn doch zu weit gehe. Es wurden zwei  
Mann beantragt, mit der Firma Rücksprache um Ab-  
schaffung der überaus langen Arbeitszeit zu nehmen, und  
diese erhielten die satonische Antwort: „Wenn es Euch  
nicht paßt, könnt Ihr gehen, und beide erhielten die  
Entlassung.“ Dies schlug allerdings dem Fraß den Boden  
aus. Jetzt verlangten die Arbeiter des genannten Werkes  
Wiederentstellung der zwei Entlassenen. Die Antwort war:  
„Wenn nicht paßt, laßt gehen, Ihr könnt alle gehen.“  
Was blieb nun nach Lage der Sache übrig? Willten die  
Arbeiter sich nicht blamieren und ihre Manneswürde nicht  
preisgeben, mußten sie sich mit den Entlassenen solidarisch  
erklären und die Arbeit niederlegen. Um diesem Spiel  
der Arbeitgeber ein Ende zu machen, wurde am Sonntag,  
den 14. Februar, die Forderung formuliert und am Mon-  
tag morgen den gesamten Unternehmern unterbreitet mit  
der Bitte, bis Mittwoch mittags 12 Uhr sich zu erklären.  
Zwei weitere Firmen stellten ihre Arbeiter vor die Aller-  
nachte, entweder zu Kreuzen zu kriechen oder ebenfalls zu  
gehen; letzteres geschah.

Inzwischen hat sich die Situation geändert, und sie  
stellt sich nun folgendermaßen dar. Es kommen jetzt 10  
Werke in Betracht; die Bewegung ist auf Arbeiterkongressen  
übergegangen und stehen ungefähr 375 Arbeiter aus.  
In Eltrich ist aus dem ganzen Kreise die Gewerkschaft  
zusammengezogen, hat aber bei der guten Haltung der  
Arbeiter keine Veranlassung, auch nur in irgend einer  
Weise einzugreifen.

Die Kollegen sind zu 95 pCt. organisiert. Die Re-  
solutionsklausel werden Verhandlungen gepflogen.

**Leipzig.** Im hiesigen Transportgewerbe geben die  
Herren Unternehmer nicht all zu viel auf die Befolgung  
der gesetzlichen Bestimmungen, betreffend die Sonntags-  
ruhe. So haben vor ganz kurzer Zeit eines Sonntags  
vormittags während der Strazzeit die Stützer der Firmen  
Schmurrbusch, Albrecht und Richter Straßensperre und  
Schlamm ab. Für diese Arbeit erhalten die Kollegen  
1,50 Mf. Vergütung. Die armen Teufel bedürfen dieser  
drei Sonntagsgehälter recht dringend, zieht ihnen das  
humane Unternehmertum während der Wintermonate jede  
Wohne 3 Mf. vom Lohn ab, eigentlich, weil weniger zu  
tun ist, in Wirklichkeit, weil die Herren Unternehmer  
mehr auf den eigenen Gewinn, als auf die Bedürfnisse  
der Stützer bedacht sind. Auch der Fuhrherr L. Röde  
versteht es, seine Stützer ordentlich anzuknüppeln. Die  
11 Mf. Wochenlohn gibt es Sonntag mittags um 1 Uhr.  
Die Ketten der Leute stehen recht selten frische Wäsche,  
dafür haben keine Zustellen in größerer Anzahl ihr ge-  
mühtliches Heim darin aufgehoben. Wahrscheinlich ist der  
Gehalt und dem zum Todten der Sachen die liebe  
Sonne. Als vor kurzen ein Stützer mit den Pferden  
beringlidierte, tat der humane Arbeitgeber bezüglich des  
Stützers den Schönen, überaus von menschlichem Gefühl  
zeugenden Ausspruch: „Er, der Stützer, konnte über  
verreden“. Angeföhrt solcher Zurückhalt ist es wirklich höchste  
Zeit, daß die Kollegen sich endlich auf sich selbst bestimmen  
und durch Ansehen in die Organisation sich bessere Ar-  
beitsbedingungen erkämpfen.

**Lübeck.** Etwas aus dem Musterbe-  
trieb“ der Lübeck-Wüchener Eisenbahn.  
Am 13. Oktober v. J. 8. 1887, erlitt ein Güterbodenarbeiter  
einen Betriebsunfall. Da ihm der Güterbodenarbeiter Han-  
m erlich zweimal gesagt hatte, er möchte sobald wie mög-  
lich wieder zur Arbeit kommen, er brauche auch nur die  
Arbeit zu verrichten, die er erledigen könne, so begab  
sich der Kollege, trotzdem er schwere Arbeit noch nicht  
verrichten konnte, wieder an seine Arbeitsstelle. Vor rich-  
lich 14 Tagen betonte der Güterbodenarbeiter den Kollegen  
für seine Arbeitsfreudigkeit dadurch, daß er ihm sagte:  
„Für Sie gibt es jetzt nur drei Wege: Entweder Sie  
mehren sich krank oder Sie arbeiten bei verkräftetem Lohn  
(2,60 Mark) oder Sie nehmen Ihre Entlassung.“ Darauf-  
hin meldete sich der Kollege natürlich wieder krank. —  
So springt der Güterbodenarbeiter mit dem ihm unterstellten  
Güterbodenarbeiter um. Er betrachtet sie nicht als Men-  
schen, sondern als Sklaven. Leider haben die Kollegen  
in ihrer Wehrlosigkeit noch nicht die richtige  
Lehre gezogen und sich einmütig dem Verbande an-  
geschlossen. Hoffentlich aber ist die Zeit nicht mehr allzu  
fern, wo die hiesigen Güterbodenarbeiter ein festes Glied  
in der Kette unseres Verbandes bilden werden.

**Lübeck.** Die gehemrätlichen Mühen  
mahlen langsam, sehr langsam! Vor etwa  
Fahrenstill haben die Wagenschleber der Genieur  
Rangerstation in einer Eingabe an die Direktion der  
Lübeck-Wüchener Eisenbahngesellschaft um eine kleine Lohn-  
erhöhung. Das Schreiben fand die Genehmigung und  
Unterstützung des Vorstehers der Station. Bis heute aber  
waren die Wagenschleber noch immer auf eine Antwort.  
— Wie sagte doch der Oberloer Stationsvorsteher zu dem  
Gehemrät Recht, dem Direktor der genannten Bahn, an-  
lässlich seines Jubiläums: „Sie haben unsere Lage zu  
unserer Zufriedenheit verbessert!“ Das merkt man!

**Schmuckkonkurrenz im Spektationsgewerbe.** Die  
„Spek.“ und „Schriftführerzeitung“ schreibt:

„Wie ungünstig die Verhältnisse im Spektationsgeschäft  
liegen, das schildern mit leuchtenden Lettern die „Schleu-  
berofferten“, welche tagtäglich in die Welt hinausgeschlag-  
t werden, worüber jeder einflußfähige Mensch nur ein Kopf-  
schütteln und Achselzucken hat, nein, es werden alle mög-  
lichen Leistungen dem Kunden „gratis“ angeboten. So  
offertiert eine Mannheimer Firma ihrer Kundenschaft außer  
allerbilligsten Vollgeldsäcken — z. B. für Eilgut zur Bahn  
per 100 Kg. 25 Pf., Vollgeld vom Bahnhof zur Stadt  
per 100 Kg. 12 Pf. (bei regelmäßigen Sendungen kom-  
men sogar noch ermäßigte Sätze zur Berechnung) — noch  
eine Gratis-Lagerung von Gütern aller Art auf die Dauer  
von 4 Wochen. Eine Dresdener Firma, mit der wir uns  
vor längerer Zeit schon einmal in dieser Zeitung beschäf-  
tigt haben, geht sogar in ihrer Mutanz noch weiter  
und berechnet bei Gütern, deren Annahme vorbehalten ist,  
für die Dauer von 12 Monaten kein Lagergeld, außer-  
dem erklärt sie sich bereit, auf Wunsch eine noch längere  
zinsfreie Lagerzeit einzuräumen. Ueberweisungen an die  
Konkurrenz werden gänzlich scheinrecht besorgt und fämt-  
liche Sendungen, die durch diese „leistungsfähige“ Firma  
zur An- und Abfuhr gelangen, sind durch die „Victoria“  
gegen alle Schäden beim Auf-, Ab- und Umladen und  
während des Aufenthalts bei der Betr. Firma oder auf  
ihren Vollgeldsäcken versichert. Was den betragte Offerten  
dem Spektationsstand nicht alle Ehre?“

Daß unter solchen Umständen Beginnen in erster Linie  
die Arbeiter und Käufer der betreffenden Spektations-  
firmen leiden müssen, ist ziemlich klar. Die „Mittigkeit“  
bästert meistens auf einer miserablen Verfassung und un-  
erhöht intensiven Ausnutzung der Arbeitskräfte der Ange-  
stellten bei einer täglich möglichst langen Arbeitszeit. Wir  
haben daher alles Interesse, der Schmuckkonkurrenz über-  
all energisch zu wehren zu geben. Bedauerlicher Weise  
wollen die auf unabhängige Preise einerseits und halbwegs  
gute Verfassung und Behandlung der Angeestellten halben  
Unternehmer noch immer nicht einsehen, daß sie der  
Schmuckkonkurrenz nur mit Hilfe ihrer Angeestellten und  
deren Organisation in wirksamer Weise begegnen können.  
Im Buchdruckgewerbe hat man durch eine gegenseitige  
Tarifvereinbarung die unläutere Konkurrenz der Arbeit-  
geber gegeneinander so ziemlich gründlich beseitigt, sollte  
das gleiche Vorgehen zum Nutzen der Unternehmer und  
Arbeiter nicht in anderen Gewerben und Berufen eben-  
falls möglich sein? Wenn erst der gute Wille dazu vor-  
handen ist, wenn der Verstand der Unternehmer erst ihren  
Dünkel beslegt hat, dann geschieht.

**Potsdam.** In einer kürzlich abgehaltenen Versamm-  
lung beschäftigten sich die hiesigen Kollegen mit den Fahr-  
verhältnissen auf der hiesigen langen Brücke, dem berüm-  
ten Unikum Potsdams. Bei Frostwetter ist diese Brücke  
fast gar nicht mit Fuhrwerk zu passieren, weil das Pflaster  
zu glatt ist. Dem könnte sehr leicht durch Streuen von  
Sand oder Asche abgeholfen werden. Die Kollegen be-  
schlossen nun, in einem Schreiben sich an die in Betracht  
kommende Behörde zu wenden und dort um Abhilfe zu  
bitten. Damit kamen sie aber schön an. Es wurde ihnen  
folgende Antwort zu teil:

„Der Königl. Wasserbauinspektor.  
Potsdam, 8. Januar 1904.“

Auf Ihre Eingabe vom 4. d. Mts. erwidere ich  
Ihnen, daß auf der langen Brücke bei Frostwetter eben-  
so verfahren wird, wie auf den öffentlichen Straßen und  
Plätzen. Zwischens, Baurat.

Nach Schema Z wird also eben u. u. o. verfahren, wie  
in anderen Straßen. Daß dieses Verfahren für die  
Sicherung des Fuhrwerksverkehrs genügt, das waß der  
Herr Baurat aussehend selber nicht zu behaupten. Und  
b. a. r. u. f. kommt es doch schließlich an. Einem humanen  
Kaufherrn mag es ungenügend sein, daß der Fuhrwerk auf  
einer Brücke, der vielleicht zehnmal mehr benutzt wird als  
andere öffentliche Straßen und Plätze, nicht entsprechend  
besser gepflegt wird; der Herr Baurat findet die gleiche  
Behandlung aller Fahrwege, auch der frequentierten,  
genügend, und er muß es doch verstehen, warum hätte  
er sonst auf der technischen Hochschule seine Kenntnisse ge-  
sammelt. Aber probieren, das geht halt noch immer  
über studieren, Herr Baurat! Und die Sicherung des  
Verkehrs ist doch schließlich wohl der Mühe wert.

**Wismar.** Daß dieser Mühe ist es nun endlich ge-  
lungen, hier 5 Einzelmitglieder für unseren Verband zu  
gewinnen. Ist der Erfolg auch ein äußerst geringer, so  
steht doch zu erwarten, daß diese 5 Kollegen den Grund-  
stock für eine, hoffentlich recht bald zu errichtende Zahl-  
stelle bilden werden. Deshalb möchten wir auch auf die-  
sem Wege an die Verbandsmittelglieder die Mahnung rich-  
ten, unermüdetlich für unsere Organisation tätig zu sein  
und den Versuch zu machen, neue Mitglieder für uns  
zu gewinnen. Zwar hält es für ein so kleines Stützlein  
außerordentlich schwer, die Agitation zu betreiben. Dem-  
noch aber muß immer und immer wieder nachgehakt wer-  
den; geschieht das, dann wird schließlich auch der Erfolg  
nicht ausbleiben. Dann aber können diese 5 Kollegen  
mit Stolz sagen: Wir waren die Bahnbrecher der Orga-  
nisation in Wismar. Darum auf, Kollegen, zur Agi-  
tation! — Das Einfließen der Beiträge hat dankenswerth  
Genosse O. b. e. h. a. n. n., Neustadt 2 c., der dargelegte Darlehn-  
vorsitzende, übernommen. Derselbe wird auch, falls er-  
forderlich, den Kollegen in ihrer Agitation mit Mat und  
Tat zur Seite stehen und auch die Aufnahme neuer Mit-  
glieder vornehmen.

**Öffentliche und Mitglieder-Verfassungen.**

**Berlin.** Die Verfassungskommission 1 hielt am 11. Fe-  
bruar ihre Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die  
Tagesordnung gedachte der Bevollmächtigte in warmen  
Worten unseres Freundes und Genossen Emlt Rosenow,  
sowie der gleichfalls verstorbenen Verbandskollegen Aug.  
Grolms, Max Vobrich, Erich Schöm, Herrn. Erdler,  
Friedrich Baginski und Otto Wiffeld. Die Versammelten  
ehrten das Andenken der Verstorbenen in üblicher Weise.

Hierauf stellte Berner mit, daß der Verein der Automobilführer und Chauffeure beschließen habe, sich unserem Verbande anzuschließen. Der offizielle Uebertritt werde anfangs März erfolgen. Ferner stellte Berner mit, daß der Kollege Richard Nürnberg das ihm angebotene Amt nicht angenommen habe. Da sich die Arbeiten in letzterer Zeit im Verbandsbureau angehäuft hätten, habe die Verwaltung den Kollegen Köhler ausschließliche auf 3 Wochen beschäftigt. Die Anstellung eines 5. Beamten sei eine unbedingte Notwendigkeit geworden.

Hieran knüpfte sich eine längere Diskussion, in welcher besonders über die eventuell in Aussicht genommene Person für den Posten eines 5. Beamten gesprochen wurde.

Hierauf erläuterte Berner den Jahresbericht, welcher den Mitgliedern mehrere Tage vor der Versammlung in Form einer 40 Seiten starken Broschüre zugestellt wurde. Daß der Bericht in jeder Beziehung zur Zufriedenheit der Mitglieder ausgefallen ist, bewies, daß niemand aus der stark besuchten Versammlung das Wort zur Diskussion über den Bericht verlangte.

Dem Kassierer Steinke wurde darauf einstimmig Decharge erteilt.

Als Mitglieder der inneren Ortsverwaltung wurden sodann die Kollegen Aug. Berner als 1. und Meur als 2. Bevollmächtigter, Ulrich als Schriftführer, Steinke als Kassierer, Winte, Rudolph, Mohr als Wähler und Steiche, sowie Marggraf als Revisoren endlich wiedergewählt. Als dritter Revisor wurde der Kollege August Lege neu hinzugewählt.

In der weiteren Diskussion wünschte die Kollegin Ranow, daß die Verwaltung sich mehr um die weiblichen Mitglieder kümmern möge. Es sei angebracht, daß auch für diese eine eigene Sektionsstellung eingelegt werde, damit die Agitation besser von statten gehe. Kollege Adolf Bradke sodann die Wünsche, welche aus dem Postamt in der Kopenickerstraße bezüglich der Paketaufgabe des Abends befehlen, zur Sprache, er forderte, daß der Verband immer wieder für die Forderung des Schußwaffenpostamtes eintreten möge. Ein Antrag, eine besondere Kommission zur Agitation unter den jugendlichen Kollegen und Kolleginnen einzusetzen, wurde zur näheren Beratung der erweiterten Ortsverwaltung überwiegen und darauf die Verwaltung geschlossen.

**Wiesefeld.** In der letzten öffentlichen Versammlung referierte der Gauleiter über die wirtschaftliche Lage unserer Berufsangehörigen.

An der Hand eines reichhaltigen Materials wies der Redner nach, daß die Lage dieser Berufsangehörigen eine tieftraurige ist: Lange Arbeitszeit, schlechte Behandlung und Entlohnung, demzufolge schlechte Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse. Die Mängel in der Sozialgesetzgebung, speziell das Unfallversicherungsgesetz und das pflichtlose Rentenversicherungsgesetz sind von Redner ausführlich beleuchtet. Hierin Verweisung zu schaffen, sei unsere wichtigste Aufgabe und beruhe im Anschluß an die Organisation. Verhafter Beifall lobte den Redner. In der Diskussion erläuterte der Referent dann noch die Aufgaben des Verbandes. Dann wurde der Kollege Bollmann als Delegierter zum Transportarbeiterkongreß in Berlin gewählt. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1903 ergab eine Einnahme von 148,26 M., einschließlich des Barbestandes, eine Ausgabe von 127,27 M., so daß ein Barbestand von 20,99 M. verbleibt. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Der Jahresbericht gestattete sich folgenden Resümee: Einnahme: Bestand vom 4. Quartal 1902 38,72 M., 26 Aufnahmen a 50 Pf. 13 M., 779 Wochenbeiträge a 25 Pf. 194,75 M., 500 Wochenbeiträge a 30 Pfennig 150 M., 62 Beiträge für den Widerstandsfonds a 25 Pf. 15,50 M., Summa 411,97 M. Ausgabe: Kranenunterstützung 65 M., Extra-Unterstützung 16,15 M., Verwaltungsausgaben 18,09 M., Entschädigungen 12 M., Versammlungen und Annoncen 6,90 M., Porto und Druckkosten 22,30 M., Kartellbeitrag 6,15 M., an die Hauptkasse gezahlt 245,39 M., Summa 390,38 M., steht also über dem Barbestand von 20,99 M. Hierauf gab Kollege End den Bericht vom Gewerkschaftsarbeiter. In der Diskussion herrschte Einmütigkeit darüber, daß das Kartell, so wie es gestaltet ist, bestehen bleiben müsse. Es liege kein Grund vor, Veränderungen vorzunehmen oder aus dem Kartell auszutreten. Es wurde nun noch beschlossen, die Hiesigen, den Verkehr regelnden Vollzugsverordnungen anzuschließen und sie den Referenten zum Transportarbeiterkongreß zu übermitteln. Nach einer Aufforderung seitens der Kollegen End und Bollmann zur regen Agitation für den Verband wurde die Versammlung, nachdem 10 Kollegen ihren Beitritt zum Verbande erklärt hatten, geschlossen.

**Bremen.** In der öffentlichen Versammlung am 21. Januar referierte der Gauleiter über die Ergebnisse in Transportarbeiter. Nach einer lebhaften Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

Die heutige Versammlung hält die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit im Transportgewerbe für dringend notwendig. Sie erwartet von den gegebenenfalls Körperschaften, daß diese baldmöglichst Schritte einleiten, damit ein gesetzlicher Normalarbeitszeit für das Fuhrgewerbe geschaffen wird. Die Versammlung erwartet weiter von dem Herrn stellvertretenden Kongreß, daß dieser alles zur Verfügung stehende Material der Regierung unterbreitet und auch sonst die Interessen der in Fuhrbetrieben beschäftigten Arbeiter wahrnimmt.

**Frankenthal.** Generalversammlung am 31. Januar. Der den Mitgliedern zur Kenntnis gebrachte Kasseebericht wurde richtig befunden und dem Kassierer Decharge erteilt. In die Ortsverwaltung wurden gewählt als 1. Bevollmächtigter Müller, 2. Bevollmächtigter Nidel, Kassierer J. Müller, Schriftführer J. Alth, Revisoren Wolmarter, Fischer und Wolf, Hilfsleiter W. Weiß, Kartelldelegierter Müllergard. Wir hoffen, daß sich die Kollegen in diesem Jahre etwas an der Agitation für den Verband beteiligen, damit wir mit unserer Mitgliederzahl gleich den anderen Verwaltungsstellen unseres Verbandes größere Fortschritte machen. Jeder Kollege muß bestrebt sein, in die Versammlungen einen noch nicht organisierten Freund mitzubringen.

**Grünau.** In der öffentlichen Versammlung am 17. Januar hatte der Gauleiter das Referat übernommen. Redner schloß: das rigorose Vorgehen der Firma Landshof und Meier, welche durch Maßregelungen mittelständiger Arbeiter ihren Unternehmenserfolg zu wahren versuchen. Durch ein Schreiben versuchte sich die Firma zu rechtfertigen, indem sie Gründe angab, die die Maßregelung als solche abschwächen sollten. Die Kollegen sind in Wirklichkeit nur entlassen worden, weil sie einen neuen Wohnort, der für sie eine Lohnherabsetzung bedeutete, nicht unterschreiben wollten. Nach einer recht lebhaften Diskussion wurde folgende Resolution zum Schluß erhoben: „Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Maßregelung der 3 Kollegen bei der Firma Landshof u. Meier. Die Unwesenden verpflichten sich, nicht eher zu ruhen, bis alle Mißstände im besagten Betriebe beseitigt sind.“ Um dieses auszuführen hat jeder Kollege dafür Sorge zu tragen, daß die Organisation gelöst wird.

**Salle a. S.** Sonabend, den 13. v. Mz., fand im Gasthose zu den 3 Königen unsere Monatsversammlung statt. Zum 1. Punkt: Die wirtschaftlichen Kämpfe im Jahre 1903, referierte der Gauleiter aus Magdeburg, welcher sich über die Streiks verbreitete, welche zu Gunsten oder zu Ungunsten der deutschen Arbeiterklasse geführt wurden und kam in seinem Schlußworte auf die Ermittlung einer Kommission zu sprechen. Er forderte unsere Kollegen auf, gerade an Ermittlung zu lernen, wie notwendig es wäre, sich noch fester in einer Organisation zusammenzuschließen. Beim Punkt 2: Wahl zweier Delegierten zum Fuhrmannkongreß in Berlin wurden die Kollegen Kretschmann und Barnard gewählt. Nachdem noch die Bedeutung dieses Kongresses erläutert wurde und einige Verbandsangelegenheiten sowie Mißstände besprochen waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Samburg.** Generalversammlung am 9. Februar. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ansehen des verstorbenen Kollegen Johns und des Reichstagsangeordneten Rosenow in höchster Weise geehrt. Der Kasseebericht für Januar ergibt: Einnahme 6639,10 M., Ausgabe 3921 M., Kasseebestand 17.087,65 M. Die Jahresabrechnung stellt sich folgend: Einnahme 70.568,82 M., Ausgabe 63.191,26 M., Gesamtvermögen incl. Kasseebestand, 14.189,44 M. J. betont, daß dies ein besonders günstiges Resultat sei, da von der Ortsklasse große Summen an Unterstufen ausgezahlt seien, u. a. an die Kartellkasse, holl. Transportarbeiter, für Gemahretelle an die Hauptkasse, für die Logiererei, Ermittlungshauer Meier usw. Bemängelt wurden die Defizits der Hilfskassen. Für beide Abrechnungen wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Auf Vorschlag der Verwaltung wurden der Hauptkasse 2000 M. einmütig zur Unterstufung der Gemeindefellen von der Wellener Auslieferung überlassen. M. führt in längerer Ausführungen den Grund der Fahnenlosigkeit der Straßenbahnen der Verwaltung in die Schuhe zu schieben. Es hätte nach der Bewoegung mehr getan werden müssen. Zäpfer und Stahl schließen sich dem an. Schröder, Carlberg, Müll, Himpel und andere Redner treten dem entgegen. Der Beifall der Versammlung beweist, daß man mit der Taktik der Ortsverwaltung vollständig einverstanden war. S. gibt bekannt, welcher kolossalen Arbeit und Agitation es für die Straßenbahner bedürft hätte. So seien z. B. in etwa 100 Tagen 59 Sitzungen nur im Interesse der Straßenbahner und mit diesen abgehalten worden. Es sei leicht, zu sagen, die Verwaltung habe Schuld, dafür müsse man aber Beweise bringen. Da niemand mehr das Wort zum Jahresbericht wünschte, ist S. der Meinung, daß man mit der Tätigkeit der Verwaltung einverstanden ist. Von den etwa 400 Anwesenden waren nur zwei Stimmen dagegen. S. gibt noch bekannt, daß unser Verbandskommen zum großen Teil dem heutigen Zusammenarbeiten der Gesamtverwaltung zuzuschreiben sei. In den Einigungsversuchen mit den Lokalbereinigern gibt S. bekannt, daß auf unsere Schreiben abschlägliche Antworten eingelaufen seien, und verweist diese. Es scheint, als ob eine Eingekitt noch sehr fern läge. Mehrere Redner sprechen darüber ihr Bedauern aus. Himpel erklärt, daß er geteilt sei, seinen Posten niederzulegen, wenn das im Interesse der Vereinigung liegt, oder aber auch von einigen der Verammelten genehmigt werde. Ein diesbezüglicher Antrag wurde einstimmig abgelehnt. Die von den Sektionen in Vorschlag gebrachten Verwaltungsmittelglieder und Revisoren wurden bestätigt. Die Sache Brandt contra Schlichting, und die Aufstellung von Kandidaten zur Gewerkschaftswahl wurden der Verwaltung überwiegen. Nachdem noch bekannt gegeben, daß der Hausdienst beim Gastwirt Stender, Bürgerweide 22, aus dem Verband ausgestreitet sei, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Die Angelegenheit Brandt contra Gastwirt Schlichting, Hamburgerstr. 116, ist von der Verwaltung inzwischen unterliegt worden. Es hat sich ergeben, daß Schl. korrekelt vorgegangen und Brandt nicht gemahretelt worden ist.

**Sarburg a. G.** Generalversammlung am 31. Januar. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß im vergangenen Jahre 11 Mitglieder und 3 öffentliche Versammlungen abgehalten wurden. Auch die Korrespondenz war eine rege. Leider haben die Funktionen nicht immer ihre volle Schuldigkeit getan. Der Kasseebericht vom 4. Quartal ergab: Einnahme 403,01, Ausgabe 305,91 M., so daß ein Kasseebestand von 97,10 M. verbleibt. In die Ortsverwaltung wurden gewählt als 1. Bevollmächtigter W. Haegell, 2. Bevollmächtigter H. Schwarz, Schriftführer S. Peters, Kassierer W. Lohmann, Hilfskassierer Wötcher und Jänkel, Revisoren Brink, Müller und Oelgas. Als nunmehr der Kartellbericht gegeben, wurde Kollege W. Müller als Delegierter zu bemerken gewählt. Als Preisföndassierer fungierte Kollege J. Moll. Nach einer Aussprache über den Fuhrmannkongreß trat Schluß der Versammlung ein.

**Somburg a. S.** Am 7. Februar fand eine öffentliche Versammlung statt, die durch den an demselben Tage stattfindenden Karnevalszug, bei dem eine große Menge unserer Kollegen fahren mußten, leider schlecht besucht war. Nachdem Kollege Larisch die Anwesenden über „Zweck und Nutzen der Organisation“ unterrichtet hatte,

traten dieselben dem Verbande bei und konstituierten sich gleich als Verwaltungsstelle unserer Organisation. Die örtliche Verwaltung leitete sich wie folgt zusammen: Jacob Well, Bevollmächtigter, Jacob Rothmann, Kassierer, Joh. Apesfelder, Schriftführer, Sch. Pfeiffer und Matthias Schleich, Revisoren. Die Ortsverwaltung leitete sich aus recht tüchtigen Kollegen zusammen, die fest entschlossen sind, im Interesse des Verbandes zu wirken, mögen die Mitglieder dem Vorstande die nötige Unterstützung entgegenbringen, dann wird auch bald die Zeit kommen, wo die geradezu traurigen Zustände, unter denen unsere Kollegen zu leiden haben, verbessert werden.

**Leipzig.** Eine öffentliche Versammlung der Geschirrführer aller Branchen, sowie Transport-, Expeditions-, Boden- und Kohlenarbeiter tagte am 10. Februar im Sanssouci. Tagesordnung: Der erste Geschirrführer- und Transportarbeiterkongreß und seine Aufgaben. Der Verbandsvorsitzende führte aus: Es sei nicht das erste Mal, daß uns berufliche Fragen zusammenführen, doch noch nie sei es von solcher Bedeutung gewesen wie heute. Die Zustände in unserem Beruf seien sehr schlecht, und es sei notwendig, über Mittel und Wege zu beraten, die dazu führen, unsere wirtschaftliche Lage besser zu gestalten. Redner schloß mit dem Entschlußgang der Warentransporte und des Austausches der Waren und zeigte an reichhaltigen statistischen Material, daß das Transportgewerbe heutzutage eine weit größere Bedeutung besitzt als in früheren Zeiten. Dies gebe am besten daraus herbor, daß 1901 in 58.127 Betrieben 225.892 Kollegen beschäftigt wurden. Je möglich der Lage der Arbeiter in Bezug auf Arbeitszeit und Lohn ist, je größer die Ausbeutung der Arbeiter, desto größer ist der Vorteil der Unternehmer. Durch die amtliche Statistik wurde festgestellt, daß 52 Prozent der im Transportgewerbe Beschäftigten 15 und mehr Stunden täglich arbeiten mußten, hinzu kommt noch die Ueberarbeitszeit. In der Hälfte der Betriebe wurde regelmäßig an einzelnen Tagen der Woche 1-8 Stunden länger als gewöhnlich gearbeitet. Weiter ist zu berücksichtigen, daß 68 Prozent der Beschäftigten zur Sonntagsarbeit gezwungen waren. Eine große Anzahl der Berufsangehörigen mußte jahraus, jahrein des Sonntags arbeiten. Festgestellt wurde, daß Geschirrführer 36 Stunden hintereinander arbeiten mußten. Von frühen Morgen bis in die frühe Nacht im Dienst des Kapitals frohden, das ist das Los der Transportarbeiter. Daß eine derartige Ausbeutung der Geschirrführer nicht nur eine Gefahr für die Straßenpassanten ist, sondern auch für die Transportarbeiter selbst, beweist die Zahl der Unglücksfälle. Sobald aber Schuhvorrichtungen verlangt werden, stimmt sich das Unternehmen mit der Nacht dagegen, weil derartige Einrichtungen Geld kosten. In weiteren unterlegt Redner die verschiedenen Vollzugsverordnungen sowie Straßenpolizeiordnungen einer eingehenden Kritik und betont, daß Fuhr- und Fuhrschulen nötig sind, deren Kosten die Stadt tragen müsse, und die von den Unternehmern und Arbeitern überwälzt werden sollen. Auf Grund der stattgefundenen Erhebungen soll der stattfindende Kongreß beschließen, für das gesamte Fuhrgewerbe den Bestimmung der Arbeitszeit zu fordern. Pflicht der Kollegen sei es, sich mehr wie bisher um ihre Lage zu kümmern, sich endlich zu ermannen, einzutreten in die Organisation, damit recht bald geordnete Zustände in unserem Beruf geschaffen werden. An das mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat schloß sich eine kurze Diskussion. Nach einem Schlußwort des Referenten, in dem er die Entlohnung und Behandlung der Kollegen kritisierte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 10. Februar im großen Saal des Sanssouci tagende, von ca. 1500 Geschirrführern, Transport-, Kohlen- und Expeditionsarbeitern besuchte öffentliche Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Schuhmann-Beit voll und ganz einverstanden, und zwar umso mehr, als es eine unbedingte Notwendigkeit ist, über den tieftraurigen, wirtschaftlichen Verhältnissen in den Kollegentreffen ein baldiges Ende bereitet wird. Die Versammelten erhoffen von dem zu Obern in Berlin tagenden Kongreß, daß derselbe in dieser Hinsicht ein auf Etid Arbeit leisten möge und bringen demselben ihr vollstes Vertrauen entgegen. Die Versammelten verpflichten, auf Grund dieser Ansicht sich samt und sonders, soweit noch nicht geschehen, dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter anzuschließen, sowie unter ihren Kollegentreffen auf das lebhafteste für denselben zu agitieren.“

**Lübeck.** In der letzten Mitgliederversammlung hielt unser Gauleiter einen Vortrag über: „Der Gewerkschaftskampf — ein Klassenkampf“. Ferner wurde entsprechend einem Vorschlage des Vorstandes beschlossen, das Sommerfest durch einen Ausflug zu begeben. Der Vorstand hat in der nächsten Versammlung Vorschläge hierfür zu unterbreiten. Schließlich fand noch ein Vorstandsantrag Aufnahme, für die Folge die Laufzeit in Fortfall bringen zu lassen — Kollegen! Wie Ihr aus Vorstehendem erhellt, wird von jetzt ab zu den Versammlungen nicht mehr per Laufzettel eingeladen. Wir erwarten nun das Jahr auch ohne Einladung vollständig zu den Versammlungen erachtet. Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am Dienstag, den 8. März, abends 9 Uhr, im Vereinshaus statt. Da wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, so erwarten wir zahlreiches Erscheinen.

**Mühlhausen i. Th.** Entschloß beginnt es auch hier unter den Kollegen zu dümmern. Die äufferst miserablen Arbeitsverhältnisse bringen auch die Gebildeten zur Rasen. Das hiesige Gewerkschaftskartell hatte sich unserer Kollegen angenommen. Dessen Vorsitzender, Gen. Dou, besonders gab sich in unerwarteter Weise Mühe, um eine Organisation unserer Kollegen zu Stande zu bringen. In der verhandelten Versammlung wurde eine Anzahl Verbandsangehöriger für die Sache gewonnen. Daraufhin fand am 1. Februar eine Versammlung, zu der der Gauleiter das Referat übernommen hatte. Redner schloß mit eingehender Weise die herrschenden mitleiden Arbeitsverhältnisse. Die Arbeitszeit dauert von früh 3 oder 4 Uhr bis abends 9, 10 auch 11 Uhr, ohne nennenswerte Pausen, und dies bei einem Wochenlohn von 7,50

Marf bis 9 Mt. pro Woche. Dabei ist die Behandlung noch eine ganz erbärmliche, Affektionen, wie Krümmungen, Knöchel etc., gehören durchaus nicht zu den Seltenheiten. Die Unternehmer schämen sich nicht, ihre Kräfte auf die Trümmer zu verwenden, aber auch die Trümmer stehen so schmal, daß sie keine wesentliche Erhöhung des Lohnes bedeuten. Infolge dieser Zustände müssen die Frauen der Kollegen ebenfalls vom frühen Morgen bis zum späten Abend auf Arbeit gehen, um nur das nötige trockene Brot heranzuschaffen. Und die Kinder, um deren Erziehung können sich die Eltern nicht kümmern. Die Ausführungen des Referenten fanden lebhaften Beifall. Nach kurzer Diskussion traten 35 Kollegen dem Verbande bei.

**Prima i. S.** Öffentliche Versammlung am 14. Februar. Ein Dresdener Kollege referierte über die Gefahren des Futurismus und die Bedeutung des Transportarbeiter-Kongresses. Nach kurzer Diskussion wurde Kollege Froil als Delegierter gewählt. Nach einer Aussprache über interne Angelegenheiten und Aufforderung zur regeren Agitation für den Verband trat Schluß der Versammlung ein.

**Duedlinburg.** Generalversammlung am 3. Januar. Beschlossen wurde, die Widerstandskämpfer weiter zu zählen und dafür eine Regelung der Krankenunterstützung einzutreten zu lassen. Hieraus wurde der Klassenbericht entgegengenommen und dem Kassierer Decharge erteilt. Die Veranlassung der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: 1. Bevollmächtigter M. Pfeiffer, 2. Bevollmächtigter O. Meier, Kassierer F. Webersdorf, Schriftführer L. Kunze, Revisoren Krause und Hirschfeld, Kartelldelegierter Krause, Steinhardt, Stellvertreter. Der Mitgliederbestand ist infolge der Krankheit der Kollegen leider zurückgegangen, daher war es auch nicht möglich, in eine Bewegung zu Gunsten besserer Arbeitsverhältnisse einzutreten. Das muß in diesem Jahre anders werden. Jeder Kollege muß sein Möglichstes dazu beitragen, daß dem Verbande mehr als bisher Mitglieder zugeführt werden. Wie Duedlinburger dürfen uns in dieser Beziehung von anderen Orten nicht länger behagen lassen.

**Stuttgart.** Am 10. Januar fand hier die Generalversammlung unter zahlreicher Beteiligung statt. Aus dem Tätigkeitsbericht, den Kollege Wehmer erstattet, ist besonders zu erwähnen, daß sich die Verhältnisse der hiesigen Fabrikstele wesentlich gebessert haben und wieder Interesse unter den Kollegen für den Verband vorhanden ist, was durch eine Zunahme von 64 Mitgliedern bestätigt wird. Der vom Kollegen Pflückermaner genehmigte Klassenbericht ist als sehr günstig zu bezeichnen, der Klassenbestand beträgt 803 Mt., abgesehen auf die Hauptliste wurden 395 Mt. Wenn die Agitation am hiesigen Orte so weiter betrieben wird, wozu der Kassierer wesentlich beigetragen hat, der durch ruhige und emsige Arbeit den Verband in die Höhe zu bringen sucht, so dürfen wir mit den besten Hoffnungen der weiteren Entwicklung unserer Fabrikstele entgegensehen. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Revisorin 1., Wehmer 2. Vorsitzender, als Kassierer Pflückermaner und Oberle als Schriftführer; als Stellvertreter: Schmidt, Laufen, Deuschle, Kotte und Stöckle, als Revisoren Wirgale, Schiefer und Veuerle.

Den ausgesperrten Criminaljustizwärtern wurde als 2. Male 25 Mt. bewilligt. Nachdem noch verschiedene Mißstände in verschiedenen Betrieben zur Sprache gebracht, die nun bald auch die Öffentlichkeit beschäftigen werden, schloß der Vorlesende die gut verkaufte Versammlung. Den noch fernstehenden Kollegen aber rufen wir zu: Tretet ein in unsere Reihen, damit wir stark genug sind, um mit Erfolg für bessere Arbeitsbedingungen eintreten zu können.

**N. N.** Da in der ordentlichen Generalversammlung die Fabrikstele keine Vertretung in der Ortsverwaltung gefunden hatten, so war eine außerordentliche auf den 7. Februar anberaumt. Die Ursache lag ebenselbst an der Nichtannahme eines Postens seitens der Fabrikstele, andererseits, weil die Vorgesetzten nicht die nötige Stimmenzahl auf sich vereinigten. Die gewählte Ortsverwaltung wurde jedoch hier für gültig erklärt, dagegen die Fabrikstele Rüd, Geberl, Wörtinger, Kurz und Schödl in die Verwaltung gewählt.

**Berlin.** In der letzten Mitgliederbesprechung berichtete die Lokalkommission, daß demnach die Unterscheidung des neuen Lokalarbeitsers erfolgt wird. Die Wahl zur Ortsverwaltung hatte folgendes Resultat: 1. Bevollmächtigter Emil Wichau, 2. Bevollmächtigter Wils, Käst, Kassierer Sigismund Gerde, Schriftführer Gust. Lange. Als Delegierter zum Jahreskongress wurde Kollege Geberl gewählt. Nach dem Klassenbericht war im 1. Quartal eine Einnahme von 867,08 Mt. zu verzeichnen, dem eine Ausgabe von 527,07 Mt. gegenübersetzt, so daß ein Klassenbestand von 339,01 Mt. verbleibt. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Nach Regelung einiger interner Angelegenheiten trat Schluß der Versammlung ein.

**Milchelsburg.** Generalversammlung am 20. Januar. Die Abrechnung vom 4. Quartal ergab 107,-- Mt. Einnahme und 87,11 Mt. Ausgabe, so daß ein Klassenbestand von 19,89 Mt. verbleibt. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung und wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Die Neuwahlen ergaben folgendes Resultat: 1. Bevollmächtigter C. Sobanen, 2. Bevollmächtigter O. Kruke, 1. Kassierer H. Zapfa, 2. Kassierer Hartlieb, Schriftführer Windemann. Revisoren: Schaffschek, Neumann und Wandschaf. Kartelldelegierter: Windemann und Kruke. Die Vereinsveranstaltungen finden jeden dritten Sonnabend im Monat bei Sievers statt. Hierauf hielt ein Hamburger Kollege noch einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über den demnächst in Berlin stattfindenden Transportarbeiterkongress.

**Leiz.** Generalversammlung am 30. Januar. Der Klassenbericht vom 4. Quartal wurde entgegen genommen und dem Kassierer Decharge erteilt. Die Jahresrechnung und -Ausgabe belangert mit 1208,30 Mt. Mit dem Jahresbericht der Ortsverwaltung erklärten sich die Kollegen einverstanden. Hierauf kam die Ausarbeitung der Verbandskollegen bei der Expeditionsfirma Klingebell zur

Sprache. Die Ortsverwaltung wird den hiesigen Konsumverein auffordern, sein besonderes Wohlwollen genannter Firma zu bekunden. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: M. Schröder, 1. Bevollmächtigter, Schwarz, 2. Bevollmächtigter, Meiser, Schriftführer, Wilt, Schubert, Wagner, Revisoren. Mit einer Aufforderung zu weiterer reger Agitation wurde die Versammlung geschlossen.

**Zwickau.** Am 31. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Ein Geschäftsbericht konnte nicht gegeben werden, weil es der bisherige Bevollmächtigte Prager nicht für nötig gehalten hatte, zu erscheinen. Kollege Müller gab den Klassenbericht vom 4. Quartal. Die Einnahmen betragen sich auf 426,92 Mt., die Ausgaben auf 98,92 Mt., an die Hauptkasse sind gelangt 198,72 Mt., ein Klassenbestand verbleibt von 184,28 Mt. Die Mitgliederbewegung ergab 102 Mitglieder gegen 66 am Schlusse des Vorjahres. In die Ortsverwaltung wurden gewählt die Kollegen: Johannes Holländer, Zw. Marienthal, Ohamannfr. 17, Bevollmächtigter; Karl Müller, Wilsdorf, 15 II, Kassierer; Emil Thieme, Schriftführer; Schäfers, Heinz, Alb. Müller, Weißler; Schönfelder und Jentel, Revisoren. Hierauf referierte Kollege Richter-Ghemmt über „Aufgaben und Bedeutung des ersten deutschen Transportarbeiterkongresses.“ Kollege Thieme wurde gegen vier Stimmen als Delegierter zum Kongress gewählt, im Verhinderungsfalle Kollege Wilschel. Ferner regte der Kassierer an, von Zeit zu Zeit eine Versammlung in Zwickau abzuhalten. Dem wurde zugestimmt. Beschlossen wurde weiter, sich an dem Bezirksfest im Juni in Gosau beim Reichstagsabgeordneten Stelle zu beteiligen. Kollege Holländer forderte noch zum Beltritt zum Konsumverein auf.

Wenn endlich werden sich die Zwickauer an einen besseren Versammlungsbesuch gewöhnen?

**Verschiedenes.**

**Berliner Verkehrsstatistik.** Wenn der Verkehr der Grabmeyer der wirtschaftlichen Entwicklung und die wirtschaftliche Entwicklung die Grundlage des Kulturfortschritts ist, so muß jede Verkehrsbeziehung der Kulturerweiterung förderlich sein. Wie eng Verkehr und Wirtschaftsleben zusammenhängen, zeigt eine Zusammenstellung der Verkehrsdaten von Groß-Berlin, die sich über die Jahre 1895 bis 1903 erstreckt. Bemerkenswert ist, daß 1896 die Gewerbesteuerausstellung in Treptow abgehalten wurde, die naturgemäß auf den Verkehr eine starke Einwirkung ausübte. Die Bevölkerungszahl von Groß-Berlin fügt wir bei. Alle Ziffern, soweit nichts anderes bemerkt, verstehen sich in Millionen. Es betrug die Einwohnerzahl von Groß-Berlin im Sinne von Dirshbergs Jahrbuch:

1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903
2,129	2,208	2,269	2,345	2,394	2,404	2,447	2,504	2,570

Es beförderten:

1895	1896	1897	1898	1899	
alle Straßenbahn	164,200	188,008	198,000	217,000	244,600
Stadt-u. Ringbahn	74,480	89,897	87,747	98,557	95,000
Omnibus	88,000	88,000	44,000	54,000	75,000
alle Fahrsmittel	272,680	311,000	329,747	364,557	414,600

1900	1901	1902	1903	
Elektr. Hochbahn		18,800	29,468	
alle Straßenbahnen	280,400	330,236	342,774	397,499
Stadt- u. Ringbahn	97,500	89,629	91,711	97,624
Omnibus	80,800	80,700	70,670	85,879
alle Fahrsmittel	458,222	499,565	528,955	610,450

Die wirtschaftliche Lage des Jahres 1902 zeigt sich deutlich in den Verkehrsziffern. In keinem der Vorjahre, vom Jahre 1897 abgesehen, das aber wegen der 96er Ausstellung nicht in Frage kommt, ist die Verkehrs Zunahme so gering wie 1902. Am meisten leidet darunter, und das ist höchst bezeichnend, der Omnibus. Aber das Jahr 1903 macht alles wieder gut, es zeigt eine Verkehrs Zunahme, die alles überholt, was bisher da war, die sich außerdem auf alle öffentlichen Verkehrsmittel erstreckt, und bei der Hochbahn eine Verkehrssteigerung um 53,8, bei den elektrischen Straßenbahnen um 15,9, bei der Stadt- und Ringbahn um 6,5, bei dem Omnibus um 24,4 pCt. bedeutet. Berechnen wir die Zunahme des Verkehrs auf den Kopf der Bevölkerung, so ergibt sich auf den Kopf eine Fahrtenzahl von

1895	1896	1897	1898	1899	
alle Straßenbahnen	77,2	83,2	87,5	92,6	101,8
Stadt- u. Ringbahn	35,6	40,7	38,6	39,5	39,4
Omnibus	15,2	17,2	19,4	23,0	30,9
alle Verkehrsmittel	128,2	141,4	145,5	155,1	171,6

1900	1901	1902	1903	
Elektr. Hochbahn		7,5	11,4	
alle Straßenbahnen	116,0	134,0	136,5	150,8
Stadt- u. Ringbahn	39,8	36,2	36,0	38,0
Omnibus	33,4	32,5	28,2	32,6
alle Verkehrsmittel	190,6	204,1	209,2	237,5

Das Fahrbedürfnis wächst sonach enorm. Während 1895 jeder Berliner 128,2 Fahrten machte, machte er 1903 deren 237,5 im Jahre. Am interessantesten ist aber der Vergleich: Zunahme der Bevölkerung, des Fahrverkehrs und der Fahrtenzahl. So erhalten wir 1. die Zunahme der Bevölkerung in Prozenten

1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903
------	------	------	------	------	------	------	------

a) geg. das Vorjahr 3,47 2,99 3,25 2,94 0,84 1,41 2,37 2,68  
b) geg. 1895 8,47 6,80 10,00 11,51 12,91 14,29 18,18 20,76

2. Die Zunahme des gesamten Fahrverkehrs in Prozenten:  
a) geg. das Vorjahr 14,05 6,04 10,50 13,70 10,51 8,57 4,88 16,50  
b) geg. 1895 14,05 20,80 33,77 62,-- 64,45 83,28 92,16 131,57

3. Die Zunahme der Fahrten auf den Kopf der Bevölkerung:  
a) geg. das Vorjahr 10,29 6,02 6,59 10,04 11,18 7,08 2,49 13,52  
b) geg. 1895 10,29 15,05 20,98 33,77 40,88 59,02 68,18 85,62

Die Bevölkerung stieg danach in den 9 Jahren in Groß-Berlin um 20,76 pCt., die Zahl der beförderten Personen aber um 131,57 und die Zahl der Fahrten auf den Kopf der Bevölkerung um 85,62 pCt. Und trotzdem löst die Schaffung weiterer Verkehrsmittel auf so viele Schwierigkeiten.

**Achtung! Ortsverwaltungen, Bevollmächtigte, Kassierer!**

**Materialien-Bestellungen bitten wir nachmals dringend, so einrichten zu wollen, daß sie spätestens am Mittwoch morgen vor der Zeitungs-Expedition in Händen des Zentral-Vorstandes sind. Es werden dadurch viel unnütze Postgelde gespart.**

**Um die Höhe der Auflage der neuen Adressen-Verzeichnisse resp. Versammlungs-Anzeiger rechtzeitig festsetzen zu können, bitten wir die Ortsverwaltungen, ihren diesbezüglichen Bedarf uns bis spätestens 3. März angeben zu wollen.**

**Bei Bestellungen für die Buchhandlung bitten wir den Verlag des gewünschten Buches zu bezeichnen.**

Die Expedition.

**Briefkasten.**

Des leidigen Raummangels wegen mußten auch diesmal wieder eine Anzahl Briefe zurückgestellt werden. D. R.

**Achtung, Leipzig!**

Beim Familien-Abend am 20. Februar ist ein Ueberzieher vertauscht. Der Betreffende ist erlanten und wird erlucht, den eingetauschten Ueberzieher sofort im Schillerhöfchen Gohlis abzugeben. Die Ortsverwaltung.

**Landeshut i. Schl.**

Nächste Versammlung Sonntag, den 6. März, abends 7 Uhr, im Gasthof zur Sonne. Dann jeden 1. Sonntag im Monat ebendasselbst.

**Rufruf an die Stettiner Kollegenschaft!**

Kollegen! ein ernstes Wort will ich in Nachstehendem an Euch richten, zur rechten Zeit, ehe es zu spät ist. Jeder, der klare Augen hat, muß in letzter Zeit gesehen haben, daß der Besuch in unseren Versammlungen ein sehr lauer gewesen ist. Dieses muß irgendwo eine Ursache haben. Woran mag das liegen? habt Ihr schon mal darüber nachgedacht? Wie Ihr im Jahresbericht in voriger Nummer des „Courier“ sehet, haben die Kollegen, welche Ihr als Leiter der Organisation am Orte wählet, wohl ihre Schuldigkeit getan. Es hätte noch mehr getan werden können, aber jeder hat zuerst seinem Berufe nachzugehen. Trotzdem sind wir keinen Schritt weiter gekommen. Und Stillstand ist schon ebenso wie Rückgang. Aber wir haben sogar an Mitgliederzahl verloren. Dies ist doppelt schlimm für unsere Kollegenschaft, wie auch für die Organisation. Sehen wir nun um uns. In bedeutend kleineren Städten, wo nicht soviel Berufskollegen vorhanden sind wie bei uns, sind die Organisationen viel stärker an Zahl. Muß das nicht für uns alle befremdend sein? Gewiß leben wir in dem dunklen Kommuern in Pommern, wo die Reaktion zu Hause ist, aber in Stettin, der Leuchte Pommerns, mußte es doch eine stärkere Organisation geben. Der Pommer ist im Winter so dümm wie im Sommer, heißt ein altes Sprichwort. Soll dies denn in alle Ewigkeit wahr bleiben? Ich glaube nicht, daß Ihr das wollt. Wenn es für den Stettiner, den Pommer, besser werden soll, so muß die Organisation gestärkt und gepflegt werden. Dies kann aber die Verwaltung nicht allein. Jeder muß helfen, agitatorisch und organisatorisch, Kollegen, wenn jeder seine Pflicht als aufgestärkter Arbeiter tut, so müssen auch wir in Stettin vorwärts kommen. Mit Beitragszahlen und hin und wieder mal die Versammlung besuchen, hat man noch lange nicht seine Schuldigkeit getan. Auch das Märcen einiger Kollegen muß für die Zukunft unterbleiben. Wenn etwas nicht gut gemacht worden sein soll, so kommt mit besseren Vorschlägen, und sogleich kann es geändert werden. Wenn es einigen Kollegen besser geht wie bleichlich einigen anderen, so sollte man sich darüber freuen und diese Kollegen nicht immerwährend anzureißen und hierdurch Unmut erzeugen und Arbeitsfreudigkeit hemmen.

Also, Kollegen, wenn Ihr wollt, daß auch unsere Organisation die Stelle einnehmen soll, welche ihr gebührt, so müßt Ihr arbeiten, alle Mann arbeiten, und Ihr werdet sehen, daß auch wir in Stettin für uns bessere Zustände schaffen. Jetzt ist es gerade an der Zeit, mit der Agitation zu beginnen. Also, alle Mann an die Arbeit, alle Kräfte angebannt. Es gilt den Kollegen zum Schutze und den Unternehmern zum Trutz.

**Sterbetafel des Verbandes.**

Gestorben sind:  
In Gohlis der Kollege Josef Werner.  
In Mainz der Kollege Philipp Weppier.  
Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.